

Informationen zu Politik und Gesellschaft

Nachrichten, Berichte und Analysen aus dem Europäischen Parlament
Herausgegeben von Sabine Lösing, MdEP

Im Windschatten der NATO Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan




GUE/NGL

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		
Zusammenfassung		
Einleitung	5	
Teil I: Afghanistan: Lackmustest für die NATO	7	
1. Stationen der Eskalation: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung	7	
1.1 Phasen der ISAF-Expansion		
1.2 Aufstockung der Truppen		
1.3 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung		
1.4 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen		
2. Afghanistan und der Transatlantische New Deal II – Das Beispiel Deutschland	11	
2.1 Deutschland – Per Salomitaktik immer tiefer in den Krieg		
2.2 Schritte über den Rubikon I: Tornado-Einsatz		
2.2 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force		
2.3 Schritte über den Rubikon III: Truppenerhöhung: Die Bundeswehr geht in die Offensive		
2.4 Afghanistan und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen		
Teil II: Die EU und die Flankierung des Krieges in Afghanistan	17	
3. Die neoliberale Plünderung Afghanistans	17	
3.1 Neoliberales Nation Building		
3.2 Afghanistan GmbH: Humanitäre Katastrophe und „gebundene Hilfe“		
3.3 Guerillakrieg im Eigenbau		
4. Prototyp Afghanistan: Zivil-militärische Besatzung und Aufstandsbekämpfung	22	
4.1 PRTs in Afghanistan: Zivile unter der Fuchtel des Militärs		
4.2 Von Helfern zu Kollaborateuren...		
4.3 ... zu Anschlagzielen		
4.4 Die Institutionalisierung Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung		
5. Sicherheitssektorreform: Die EU und die Afghanisierung des Krieges	27	
5.1 EUPOL Afghanistan: Hilfe beim Aufbau der Repressionsorgane		
5.2 NATO-A: Verzahnung von EUPOL und NATO		
5.3 Afghanistans Zukunft: Autoritärer Militärstaat?		
Fazit: NATO und EU: Zwei Seiten derselben (Kriegs)Medaille	34	

Impressum

Herausgeber der Broschüre „Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union im Afghanistankrieg“ sind Sabine Lösing, MdEP und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.
Redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.,
verantw. Autor: Jürgen Wagner,
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
www.imi-online.de
Auflage: 2000
Erscheinungsdatum: Oktober 2009



Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
Sabine Lösing
Rue Wiertz ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: ota.jaksch@europarl.europa.eu
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiterin: Ota Jaksch

Bürgerbüro:
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing
Obere Maschstr. 22
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:
Europabüro Berlin
Sabine Lösing, MdEP
Unter den Linden 50
10178 Berlin
Tel.: 030-227 71405
Fax: 030-227 76819
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter: Arne Brix

www.sabine-loesing.de

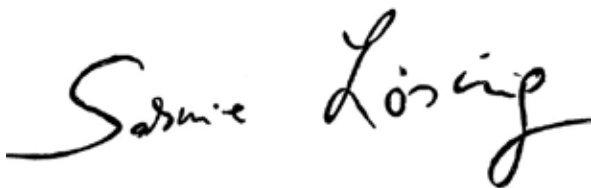
Vorwort

Europa im Herbst 2009: Egal ob in Frankreich, Großbritannien oder in Deutschland, endlich rückt der Krieg in Afghanistan in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, nicht zuletzt, weil in all diesen Ländern mittlerweile eine Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz ablehnt. Vor allem die Rolle der für den Großteil der Kampfhandlungen verantwortlichen NATO-Truppe ISAF, an der auch viele EU-Mitgliedsstaaten maßgeblich beteiligt sind, wird dabei zu Recht kritisiert. Und tatsächlich, in der vorliegenden Broschüre wird aufgezeigt, dass die NATO maßgeblich für die Eskalation der Lage verantwortlich ist und deshalb sofort aus dem Land abziehen sollte.

Als Abgeordnete im Europaparlament ist es in diesem Zusammenhang aber auch eine meiner Aufgaben, die berechtigte und notwendige Kritik an diesem Kriegseinsatz – so sie denn überhaupt erfolgt – nicht allein auf das Agieren der NATO beschränkt zu lassen. Denn nicht nur ihre Mitgliedsstaaten, auch die Europäische Union als Ganzes leistet einen relevanten Beitrag zur Unterstützung der militärischen Besatzung, wie in dieser Broschüre herausgearbeitet wird. NATO und Europäische Union, das zeigt sich immer deutlicher, sind Brüder im Geiste, weshalb die gern getroffene Unterscheidung in „gute“ Europäische Union vs. „böse“ NATO zunehmend hinfällig wird.

Generell geht die Europäische Union immer offensiver dazu über, ihren globalen Machtanspruch militärisch zu unterfüttern, Afghanistan ist dabei lediglich ein – wenn auch wichtiger – Schauplatz für diese Bestrebung. Bereits 1999 wurde beschlossen, künftig eigene Streitkräfte im Umfang von bis zu 60.000 Soldaten in weltweite Kriegseinsätze schicken zu wollen (hierfür ist ein Pool von 180.000 Soldaten erforderlich). Seither fanden bereits über 20 Einsätze im Rahmen der sog. Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) statt. Die weiteren Zielsetzungen sind überaus ambitioniert: So beschloss der Europäische Rat im Dezember 2008, künftig bis zu 19(!) ESVP-Einsätze gleichzeitig durchführen können zu wollen – davon zwei sog. „Stabilisierungsmissionen“, also Besatzungseinsätze wie der in Afghanistan.

Um hierfür buchstäblich gerüstet zu sein, schlug das Institute for Security Studies der Europäischen Union in einem vom EU-Außenbeauftragten als „wichtigen Beitrag zur strategischen Debatte“ gelobten Bericht („What ambitions for European defence in 2020?“) unlängst vor, künftig müsse man in der Lage sein, bis zu 120.000 Soldaten ins Feld zu führen. Hierfür wäre eine EU-Armee im Umfang von 360.000 Soldaten erforderlich. Angesichts derartiger Bestrebungen ist es höchste Zeit, sich endlich von der sorgsam gepflegten Mär einer „Zivilmacht EUropa“ zu verabschiedeten. Die Europäische Union ist zu einem militaristischen Akteur geworden, für den Gewalt zur Durchsetzungen seiner Interessen zunehmend zur Normalität geworden ist. Hierüber muss nicht nur verstärkt aufgeklärt werden. Vielmehr gilt es hiergegen auch Widerstand zu organisieren. Die vorliegende Broschüre soll hierfür einen Beitrag leisten.



Sabine Lösing, MdEP

Zusammenfassung

Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die NATO in ein Interventionsbündnis zur Durchsetzung westlicher Interessen umfunktioniert. Der mit Abstand wichtigste derzeitige Einsatz findet in Afghanistan statt, wo unter militärischer Besatzung das komplette Gesellschafts- und Wirtschaftssystem entlang westlicher Ordnungsvorstellungen neu aufgebaut werden soll. Obwohl die NATO maßgeblich für die gegenwärtige Eskalation der Kampfhandlungen verantwortlich ist, wird nicht ernsthaft über einen Abzug debattiert. Denn, so die allgegenwärtige Befürchtung, sollte man den Krieg verlieren, hätte sich jeder weitere NATO-Einsatz auf viele Jahre hinaus erledigt. Aus diesem Grund muss der Krieg unter allen Umständen gewonnen werden – koste es was es wolle. Obwohl die EU-Staaten ihre Truppenanteile in den letzten zwei Jahren bereits um deutlich über 50% erhöht haben, drängt die neue US-Regierung unter Barack Obama auf noch größere Unterstützungsleistungen. Dem sind aber aufgrund der großen Skepsis innerhalb der EU-Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt, weshalb eine wesentliche Kompensationsleistung im Ausbau des Engagements der Europäischen Union liegen dürfte.

Schon heute leistet die Europäische Union einen relevanten Beitrag bei der Besatzung Afghanistans. Dazu gehört zunächst einmal die offizielle Unterstützung der NATO-Eskalationsstrategie, insbesondere der nochmaligen Verschärfung seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama.

Darüber hinaus hat die Europäische Union aber auch wichtige Verwaltungsfunktionen übernommen und stellt damit einen wesentlichen Teil des zivilen Arms der Besatzung. Vor allem drei Bereiche sind hervorzuheben: die Rolle beim neoliberalen Umbau des Landes; die konzeptionelle Vorarbeit, aber auch die finanzielle Unterstützung der in Afghanistan praktizierten zivil-militärischen Besatzungsstrategie; und schließlich der wichtigste Beitrag, die EU-Rolle bei der „Afghanisierung“ des Krieges: Mit der EU-Mission EUPOL sollen die afghanischen Sicherheitskräfte massiv ausgebaut und in die Lage versetzt werden, den Großteil der Kampfhandlungen künftig im Alleingang übernehmen zu können. Diese Anstrengungen sollen in nächster Zeit nochmals deutlich intensiviert und EUPOL enger mit der NATO verzahnt werden.

Unabhängig also davon, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten ohnehin umfassend am NATO-Krieg beteiligen, spielt auch die Europäische Union als Ganzes eine eigenständige und unrühmliche Rolle. Sie agiert dort offensichtlich nicht *alternativ*, sondern *ergänzend* zum militärischen Vorgehen der NATO und ist damit ein integraler Bestandteil der Besatzung. Wie in vielen anderen Krisengebieten zeigt sich damit auch in Afghanistan, dass von einer im Wortsinn zivilen – also eine militärische Lösung ablehnenden – EU-Außenpolitik schon längst keine Rede mehr sein kann.

Einleitung

Lange Jahre wurde dem Krieg in Afghanistan wenig Beachtung geschenkt, nicht zuletzt auch deshalb, weil kaum jemand davon ausging, dass sich die westlichen Truppen dort in einen Guerillakrieg verstricken würden, der mittlerweile immer alpträumlichere Züge annimmt. Bereits im Oktober 2008 wurde der Presse ein vertraulicher Bericht des britischen Botschafters in Afghanistan, Sherard Cowper-Coles, zugespielt, der die ganze Misere des dortigen Einsatzes auf den Punkt bringt: „Die gegenwärtige Lage ist schlecht. Die Sicherheitslage wird schlimmer. Ebenso die Korruption, die Regierung hat jegliches Vertrauen verspielt. [...] Die Präsenz, besonders die militärische Präsenz der Koalition, ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Die ausländischen Truppen sichern das Überleben eines Regimes ab, das ohne sie kollabieren würde.“¹

Vor allem die Rolle der NATO, die mit ihrer *International Security Assistance Force* (ISAF) für den Großteil der Kampfhandlungen verantwortlich ist, rückt dabei in jüngster Zeit endlich verstärkt in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte. Und in der Tat, eine nähere Analyse zeigt, dass das Militärbündnis maßgeblich für die dramatische Eskalation in Afghanistan verantwortlich ist, wie im ersten Kapitel dieser Studie herausgearbeitet werden soll. Aus Sicht der westlichen Strategen wäre mit einem Truppenabzug jedoch der Fortbestand der NATO elementar in Frage gestellt, würde er doch ihre Unfähigkeit demonstrieren, heute – und vor allem in Zukunft – ihren Kernauftrag erfüllen zu können: die militärische Durchsetzung westlicher Interessen. Aus diesem Grund wird stur am bisherigen Kurs festgehalten, zumeist ist die Rede davon, der Krieg müsse noch mindestens 10 bis 15 Jahre fortgesetzt werden.² Mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama, der den Einsatz am Hindukusch inzwischen zur Chefsache erklärt hat³, geht der Krieg nun in eine neue, blutige Phase: „US-Präsident Barack Obamas gegenwärtige Politik setzt genauso wie der vorherrschende Konsens in Washington auf eine Eskalation.“⁴

Den USA fehlen jedoch die Ressourcen, um den Afghanistan-Krieg – geschweige denn andere künftige Einsätze – im Alleingang führen zu können, weshalb sie den EU-Verbündeten einen „Transatlantischen New Deal“ vorschlagen. Im Austausch für eine deutlich größere militärische Unterstützung bietet Washington den EU-Staaten im Gegenzug eine machtpolitische Aufwertung an. Inwieweit diese Neujustierung der transatlantischen Beziehungen zustande kommt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die EU-Staaten bereit sein werden, den US-Forderungen nach einem stärkeren militärischen Engagement in Afghanistan entgegenzukommen. Wie im zweiten Kapitel vor allem am Beispiel Deutschlands gezeigt werden soll, ist man absolut dazu bereit, den USA stärker unter die Arme zu greifen. Denn vom Transatlantischen New Deal erhofft man sich den Aufstieg vom „Subunternehmer Amerikas“ (Ernst-Otto Czempel) zu einem gleichberechtigten Partner auf gleicher Augenhöhe.⁵ Aus diesem Grund haben die EU-Staaten ihre Truppenanteile in den letzten zwei Jahren bereits um mehr als 50% erhöht.

Allerdings drängt die US-Regierung auf eine noch größere Unterstützung und obwohl die EU-Verbündeten dem gerne umfänglich nachkommen würden, sind ihnen hinsichtlich weiterer Truppenerhöhungen angesichts der zunehmenden Ablehnung des Einsatzes in der Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt. Deshalb dürfte eine wesentliche Kompensationsleistung im Ausbau des Engagements der Europäischen Union liegen. Somit wäre es verkürzt, sich allein mit der Rolle der NATO zu beschäftigen. Umso mehr, da die Europäische Union in Afghanistan bereits heute eine wichtige Rolle spielt: „Auch wenn sie nicht immer als solcher wahrgenommen und sichtbar wird, die Europäische Union ist ein Schlüsselakteur in Afghanistan.“⁶ Wie in den folgenden Kapiteln aufgezeigt werden soll, betrifft dies nicht allein die Tatsache, dass die Europäische Union in ihren offiziellen Erklärungen sämtliche Eskalationsschritte der NATO, der Vereinigten Staaten sowie ihrer Mitgliedsstaaten voll unterstützt und damit nicht

1 Sciolino, Elaine: U.S. strategy in Afghanistan will fail, leaked cable says, *International Herald Tribune*, 03.10.2008.

2 Noch zehn Jahre Afghanistan? SPD kritisiert Minister Jung, *Welt am Sonntag*, 05.07.2009. Vgl. hierzu auch das Interview von Guido Westerwelle: „Jetzt aus Afghanistan abziehen hieße, das Land wieder radikalen Islamisten zu überlassen.“ Siehe Westerwelles Auswärtstaktik. Wie die Außenpolitik der nächsten Jahre aussehen könnte, *Internationale Politik*, September 2009, URL: <http://tinyurl.com/ydmf3y9> (30.09.2009).

3 „Der Krieg ist nun unwiderruflich Obamas Krieg“, erklärte der Militärexperte Fred Kaplan im Online-Magazin *Slate* (*It's Obama's War Now*, 11.05.2009). „Der Präsident hat sich entschlossen, einen neuen Kurs zu fahren und sich nicht nur das nächste halbe Jahr oder Jahr durchzuwursteln.“

4 Simon, Steven/Stevenson, Jonathan: Afghanistan: How much is enough? in: *Survival*, October 2009, S. 47-67. Mittlerweile liegen die Kernelemente der neuen US-Strategie auf dem Tisch: Im Detail setzt sie erstens auf eine massive Aufstockung

der westlichen Truppen und die Ausweitung der Kampfzone nach Pakistan („AFPAK“); zweitens sollen sich die EU-Verbündeten, allen voran Deutschland, künftig noch stärker am Kampfgeschehen beteiligen, als dies ohnehin bereits der Fall ist; schließlich soll drittens eine „Afghanisierung“ des Krieges über den Ausbau der staatlichen Repressionsapparate (Armee und Polizei) die westlichen Truppen erheblich entlasten. Vgl. Wagner, Jürgen: *Eskalation an allen Fronten, Graswurzelrevolution*, September 2009.

5 Deshalb ist ein weiterer wichtiger Aspekt für das Zustandekommen des Transatlantischen New Deal, inwieweit die USA tatsächlich außerhalb von Lippenbekenntnissen zu einer substanziellen Abgabe von Macht an die EU-Staaten bereit sein werden.

6 Gross, Eva: *Security Sector Reform in Afghanistan: the EU's contribution*, *Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 78*, April 2009, S. 21; vgl. auch Klaiiber, Klaus-Peter: *The European Union in Afghanistan: Lessons learned*, in: *European Foreign Affairs Review*, Nr. 1/2007, S. 7-11.

unwesentlich zur internationalen Legitimierung dieses Krieges beiträgt. Denn die Rolle der Europäischen Union geht weit über eine rein deklaratorische Unterstützung der NATO hinaus. Vielmehr agieren beide Organisationen in Afghanistan arbeitsteilig. Im Windschatten des vom Militärbündnis geführten Krieges hat die Europäische Union wichtige Funktionen hinsichtlich der Verwaltung Afghanistans übernommen und ist damit ein wesentlicher Teil des zivilen Arms der Besatzung.⁷

Dies betrifft einmal die Rolle der Europäischen Union beim „Aufbau“ des afghanischen Wirtschaftssystems – oder treffender: beim vollständigen neoliberalen Umbau des Landes: Afghanistan ist das „Labor für Nation-Building“, so die der Bundesregierung zuarbeitende *Stiftung Wissenschaft und Politik*.⁸ Dort soll exemplarisch eine Gesellschaft – nach einem bewaffneten westlichen Eingriff – von Grund auf neu errichtet werden. Dementsprechend werden dort Techniken des Staatsaufbaus erprobt und verfeinert, um künftig auch in anderen Gebieten zur Anwendung zu kommen. Der ordnungspolitische Rahmen hierfür wurde auf diversen Konferenzen und durch Vorgaben der Internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere des IWF) abgesteckt, wobei die Europäische Union in diese Prozesse ebenfalls mit involviert war. Dabei wurde Afghanistan diktiert, sich marktradikal aufzustellen und sein Wirtschaftssystem nach neoliberalen Vorgaben umzugestalten. Diese Vorgabe bildet wiederum den Rahmen für die komplette Wiederaufbaupolitik der Europäischen Union. Im Ergebnis hat sich die humanitäre Situation in den letzten Jahren weiter verschlechtert, zumal das bisschen, was dem Land an Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt wird, eher in die Taschen westlicher Konzerne als in die Mägen der hungernden Bevölkerung wandert. Aus diesem Grund nimmt der Widerstand gegen die westliche Präsenz immer weiter zu – ebenso wie die Zahl derjenigen, die bereit sind, dabei auch auf gewaltsame Mittel zurückzugreifen (Kapitel 3).

Inzwischen scheint man darüber hinaus realisiert zu haben, welch immense Herausforderungen damit einhergehen, ein Land wie Afghanistan „stabilisieren“ zu wollen. Reagiert wird hierauf, indem derzeit ein neues sicherheitspolitisches Leitbild etabliert wird, bei dem nicht mehr der militärische Sieg gegen eine reguläre Armee im Vordergrund steht. Stattdessen rücken Aufstandsbekämpfung und die Frage, wie eine möglichst reibungslose Besatzung (sprich: Kontrolle) gewährleistet werden kann, in den Mittelpunkt der Planungen. Das Militär ist dazu nur eingeschränkt geeignet, weshalb über die „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ (CIMIC) – im NATO-Jargon auch „Comprehensive Approach“ genannt – versucht wird, zivile Kapazitäten (Entwicklungshelfer, Polizisten, Juristen, etc.) hierfür nutzbar zu machen. Afghanistan ist in gewisser Hinsicht der Prototyp für dieses neue Konzept, da es dort erstmals

in großem Stil praktiziert wird.⁹ In der Praxis führt dies zu einer Zweckentfremdung humanitärer Hilfe und einer Gefährdung der Helfer – und zwar in einem Ausmaß, der zivilen Akteuren ein weiteres Agieren häufig unmöglich macht, wie sich am Beispiel Afghanistan überdeutlich zeigt. Auch wenn dabei die NATO das ausführende Organ darstellt, sollte nicht übersehen werden, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit im Wesentlichen eine Erfindung der Europäischen Union darstellt, deren Konzepte nun in Afghanistan zur Anwendung kommen (Kapitel 4).

Schließlich hat sich – allen Versuchen, über die Zivil-militärische Zusammenarbeit den Einsatz effektiver zu gestalten – inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass man nicht genug Soldaten mobilisieren können wird, um eine erfolgreiche „Befriedung“ primär mit eigenen Ressourcen erreichen zu können. Deshalb wurde inzwischen – und dies ist wohl der wichtigste Aspekt der neuen US-Afghanistanstrategie – mit der „Afghanisierung“ des Krieges begonnen. In großem Umfang soll die afghanische Armee (ANA) und Polizei (ANP) aufgebaut und per Training und Ausrüstung in die Lage versetzt werden, den Großteil der Kampfhandlungen künftig im Alleingang zu übernehmen. Hiervon erhofft man sich in den westlichen Hauptstädten, die eigene Truppenpräsenz und die Verluste mittelfristig deutlich reduzieren zu können. Genau in diesem Kontext leistet die Europäische Union einen erheblichen Beitrag zur Unterstützung des NATO-Krieges. Denn sie ist seit mehreren Jahren mit einer eigenen Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) direkt vor Ort präsent, indem sie im Rahmen von „EUPOL Afghanistan“ Teile der afghanischen Polizei ausbildet. Dieser Beitrag soll künftig deutlich erhöht und dabei die Kooperation zwischen der „zivilen“ ESVP-Mission und der NATO-Truppe ISAF deutlich intensiviert werden. Sehenden Auges scheint man aber damit in Kauf zu nehmen, dass sich das Land zu einem autoritären Militär- und Polizeistaat entwickeln dürfte. Die hehren Ziele von Freiheit und Demokratie werden offenbar dem Interesse an einem pro-westlich orientierten Afghanistan untergeordnet (Kapitel 5).

EUPOL Afghanistan ist der wohl sichtbarste Ausdruck für die Arbeitsteilung zwischen NATO (Kampfhandlungen) und Europäischer Union (Übernahme von Teilen der zivilen Besatzungsaufgaben). Hieraus ergibt sich, dass NATO-Krieg und EU-Begleitmaßnahmen zwei Seiten derselben Besatzung sind und deshalb auch nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Auch wenn die NATO dabei deutlich sichtbarer in Erscheinung tritt, die gern gepflegte Unterscheidung zwischen einer „guten“, „zivilen“ EU und einer „bösen“, kämpfenden und tötenden NATO ist in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb müssen beide Akteure für ihre Politik in Afghanistan in die Kritik genommen werden.

7 Noch ausgeprägter ist dies im Kosovo, wo die "zivile" EU-Mission EULEX mittlerweile in gemeinsamen Manövern Hand in Hand mit der NATO-Truppe KFOR die Niederschlagung von Protesten probt. Siehe auch den Kasten in Kapitel 5.

8 Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building, SWP-Studie, November 2005, S. 8.

9 Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations. A Report of the Global Dialogue between the European Union and the United States, Center for Strategic and International Studies, January 2009, S. 22: "Afghanistan ist zu einem Labor geworden, in dem der Comprehensive Approach getestet wird."

Teil I: Afghanistan: Lackmustest für die NATO

Der Grund, weshalb ein Abzug aus Afghanistan nicht zur Debatte steht, ist einfach: es steht dort schlicht zu viel auf dem Spiel. Denn in Afghanistan wird sich entscheiden, ob die NATO auch künftig in einer zunehmend brüchig werdenden Weltordnung das Sagen haben wird. Für diesen Zweck wurde die Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges in zwei Schritten generalüberholt. Schritt eins stellte die Umwandlung von einem – wenigstens formal – auf die Territorialverteidigung ausgerichteten Bündnis hin zu einer globalen Interventionsarmee dar. Diese Entwicklung war spätestens mit dem 1999 erfolgten Angriffskrieg gegen Jugoslawien weit gehend abgeschlossen und wurde mit dem gleichzeitig verabschiedeten Strategischen Konzept formalisiert.¹⁰ Augenblicklich befindet sich die NATO mitten in der zweiten Phase ihrer Runderneuerung. Denn die Allianz reklamiert für sich nicht das „Recht“, beliebig jedes Land der Welt überfallen zu dürfen, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend faktisch auch zu annektieren.

Der Krieg in Afghanistan ist in diesem Zusammenhang der Prototyp für diese neue Form von NATO-Kriegseinsätzen, und genau aus diesem Grund muss er unter allen Umständen „erfolgreich“ beendet werden – koste es, was es wolle. Obwohl dies auf immer stärkeren Widerstand stößt, dreht die NATO deshalb immer weiter an der Eskalationsspirale. Denn Afghanistan ist der Gradmesser, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Scheitert sie dort, steht ihre Existenz auf dem Spiel, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel verdeutlicht: „Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.“¹¹ Ganz ähnlich äußerte sich Ronald Naumann, bis 2007 US-Botschafter in Afghanistan: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“¹²

Zuerst soll deshalb im folgenden Kapitel dargestellt werden, wie die NATO maßgeblich zur gegenwärtigen Eskalation beitrug, indem der Operationsschwerpunkt im Laufe der Jahre immer stärker in Richtung Aufstandsbekämpfung verlagert wurde. Weil dieser Krieg aber zudem auch untrennbar mit der Zukunft der NATO und damit generell mit der Zukunft der Lasten- und Machtverteilung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten verwoben ist, soll anschließend am Beispiel Deutschlands die Rolle Afghanistans als Belastungstest für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen herausgearbeitet werden.

Der Grund, weshalb ein Abzug aus Afghanistan nicht zur Debatte steht, ist einfach: es steht dort schlicht zu viel auf dem Spiel. Denn in Afghanistan wird sich entscheiden, ob die NATO auch künftig in einer zunehmend brüchig werdenden Weltordnung das Sagen haben wird. Für diesen Zweck wurde die Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges in zwei Schritten generalüberholt. Schritt eins stellte die Umwandlung von einem – wenigstens formal – auf die Territorialverteidigung ausgerichteten Bündnis hin zu einer globalen Interventionsarmee dar. Diese Entwicklung war spätestens mit dem 1999 erfolgten Angriffskrieg gegen Jugoslawien weit gehend abgeschlossen und wurde mit dem gleichzeitig verabschiedeten Strategischen Konzept formalisiert.¹⁰ Augenblicklich befindet sich die NATO mitten in der zweiten Phase ihrer Runderneuerung. Denn die Allianz reklamiert für sich nicht das „Recht“, beliebig jedes Land der Welt überfallen zu dürfen, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend faktisch auch zu annektieren.

I. Stationen der Eskalation: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung

In Afghanistan agieren zwei formal voneinander getrennte westliche Kriegseinsätze: einmal die *Operation Enduring Freedom* (OEF), die allein von den USA im Rahmen ihres „Krieges gegen den Terror“ befehligt wird. Sie agiert dort ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, indem sich Washington acht Jahre nach den Anschlägen des 11. September 2001 weiterhin auf sein Selbstverteidigungsrecht beruft – ein völkerrechtlich fragwürdiger Vorgang, um es milde zu formulieren.¹³ Zusätzlich kämpft dort die *International Security Assistance Force* (ISAF) der NATO. In Abgrenzung zur OEF wird sie gerne wahlweise als „Friedensmission“, „Stabilisierungseinsatz“ oder „Wiederaufbaumission“, kurz als eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe“ titulierte. Mit dieser Scheinabgrenzung – de facto agieren beide Missionen Hand in Hand¹⁴ – soll suggeriert werden, allein die US-geführte OEF sei für die Probleme im Land verantwortlich.¹⁵ Tatsächlich ist die gegenwärtige Eskalation in Afghanistan jedoch ganz wesentlich auf die NATO zurückzuführen. Drei Maßnahmen trugen vor allem hierzu bei: die Ausweitung des Einsatzgebietes, die massive Aufstockung der Truppen und die Veränderung des Operationsschwerpunktes hin zur Aufstandsbekämpfung.

13 Vgl. zu den völkerrechtlichen Grundlagen des OEF-Einsatzes: Afghanistan-Krieg, Bundeswehreininsatz und Völkerrecht. Ein Gutachten von Prof. Dr. Norman Paech zum Antrag der Bundesregierung, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Voelkerrecht/gutachten.html> (09.09.2008).

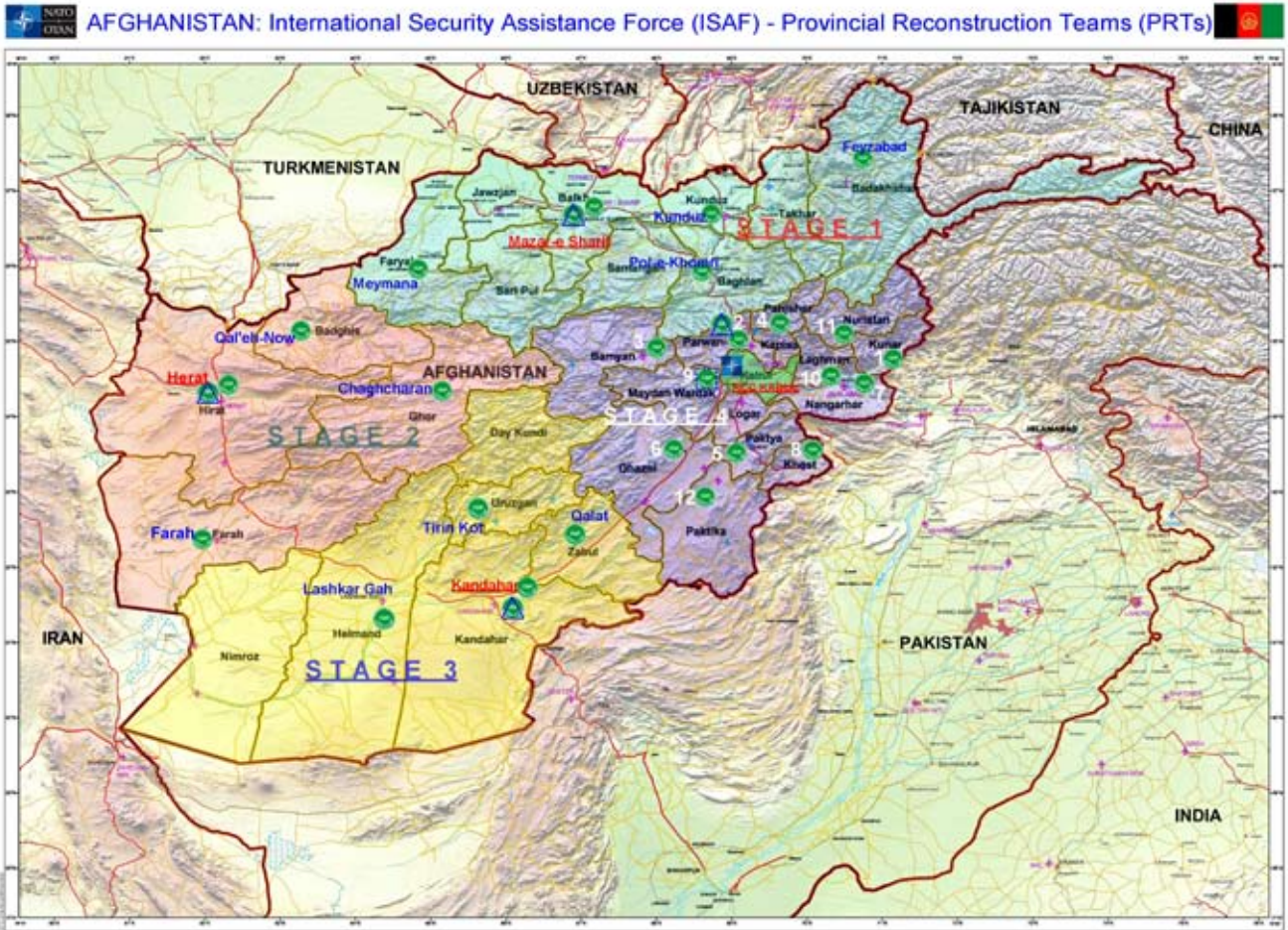
14 Im September 2009 hat ISAF-Kommandeant Stanley McChrystal konsequenterweise vorgeschlagen, beide Einsätze zusammenzuführen. Vgl. Rozoff, Rick: U.S., NATO Poised For Most Massive War In Afghanistan's History, Centre for Research on Globalization, 24.09.2009.

15 „Hier die gute Schutztruppe ISAF, da die böse OEF. Das ist ein Popanz der innerdeutschen Diskussion“, so ein westlicher Beobachter in Kabul. Siehe Böge, Frederike: „Trennung zwischen OEF und Isaf nur für Europäer“, FAZ, 15.11.2007.

10 Vgl. Seifert, Andreas/Wagner, Jürgen: Die neue NATO-Strategie, IMI-Studie, Tübingen 2000, URL: <http://www.imi-online.de/download/nato.pdf> (01.10.2009).

11 Merkel, Angela: Handlungsfähigkeit der Nato stärken, 25.10.2006, URL: <http://tinyurl.com/58kwyf> (14.09.2008).

12 "Nicht gleich zum Feigling werden", Spiegel 39/2006.



Die vier Phasen der NATO-Expansion in Afghanistan. Quelle: NATO

1.1 Phasen der ISAF-Expansion

Ins Leben gerufen wurde die ISAF von Resolution 1386 (20. Dezember 2001) des UN-Sicherheitsrates. Allerdings wurde sie zunächst nicht von der NATO, sondern von einzelnen Staaten geführt. Erst am 9. August 2003 übernahm die Allianz die Verantwortung für die Führung, Planung und Unterstützung der ISAF-Mission. Nachdem der Aktionsradius zu Anfang auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 „die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls.“¹⁶

Daraufhin wurde das NATO-Einflussgebiet in vier Schritten ausgeweitet: In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde die Verantwortung über die nördlichen Provinzen übernommen. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen

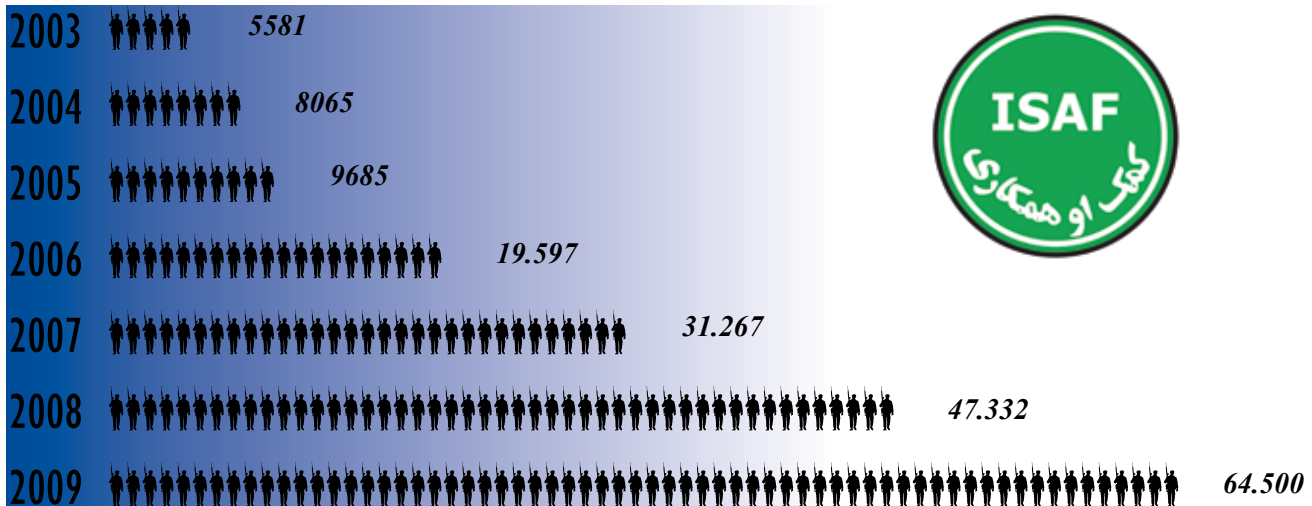
des Landes. Dies war noch relativ unproblematisch, denn beides waren seinerzeit noch vergleichsweise recht ruhige Landesteile. Doch damit nicht genug: Im Dezember 2005 beschlossen die NATO-Außenminister, den Einsatz in Afghanistan „auf eine neue Stufe anzuheben.“¹⁷ Das bedeutete, dass man die Kontrolle über das gesamte Land übernehmen wollte. Hierfür wurde das ISAF-Einsatzgebiet in zwei weiteren Schritten zuerst bis Juli 2006 auf den Süden (Phase III) und ab Oktober auf den Osten und damit das gesamte Land ausgedehnt (Phase IV). Inzwischen wurde der Krieg auch nach Pakistan hineingetragen, was von Barack Obama im Frühjahr 2009 mit folgenden Worten angekündigt wurde: „Ich möchte, dass das amerikanische Volk versteht, dass wir ein klares Ziel scharf vor Augen haben: Al Qaida in Pakistan und Afghanistan zu stören, zu zersetzen und zu besiegen.“¹⁸ Vor diesem Hintergrund stellt Lothar Rühl, ehemals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, richtigerweise fest: „Der afghanische Krieg hat

16 Resolution 1510 (2003). Adopted by the Security Council at its 4840th meeting, on 13 October 2003.

17 Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 16/1960, 23.06.2006, S. 1.

18 Horlohe, Thomas: Obamas Krieg – wie die USA das Blatt am Hindukusch wenden wollen, Streitkräfte & Strategien, 04.04.2009.

Truppenentwicklung der ISAF



† = 1000 Soldaten

ISAF-Truppengröße:

August 2003: 5581; August 2004: 8065; Juli 2005: 9685; September 2006: 19.597; November 2006: 31.267; März 2008: 47.332; August 2009: 64.500

OEF-Truppengröße:

September 2008: 19.000; Juni 2009: 26.000

Deutsche Truppen:

2001: 1200; 2003: 2250; 2005: 3000; 2007: 3500; 2008: 4500 (Kontingentobergrenze. Hinzu kommen noch 300 Soldaten für die AWACS. Davon sind gegenwärtig 4240 stationiert, Stand: 28. August 2009).

Gesamtgröße der westlichen Truppen:

90.000 (bis Ende des Jahres sollen allein aus den USA zusätzlich zwischen 12-45.000 Soldaten entsendet werden). Hinzu kommen noch etwa 70.000 Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen.

sich schon seit längerem über die Grenze ausgebreitet und begonnen, beide Länder zu einem Kriegsgebiet Südwestasien zu verschmelzen.“¹⁹

1.2 Aufstockung der Truppen

Ursprünglich umfasste ISAF lediglich 5.000 Soldaten. Innerhalb der NATO war man sich jedoch darüber im Klaren, dass spätestens die Ausdehnung in den Süden und Osten automatisch schwere Kampfhandlungen nach sich ziehen würde – was dann auch der Fall war. Aus diesem Grund wurde das ISAF-Kontingent bereits mit der Süderweiterung auf 18.500 und nach der Ostexpansion auf über 30.000 Soldaten erhöht. Doch hierdurch gelang es keineswegs, das Land zu „befrieden“ – im Gegenteil. Anstatt ernsthaft über einen Abzug nachzudenken, wurden immer mehr Soldaten an den Hindukusch entsandt: 43.000 waren es Ende 2007 und 47.000 zwölf Monate später.

Mit Amtsantritt Barack Obamas verschärfte sich dieser Trend nochmals erheblich. Denn ein wesentliches Element der von ihm angeordneten Überprüfung der Afghanistanstrategie stellen nochmalige Truppenerhöhungen dar. Dem wurde rasch nachgegeben, sodass inzwischen 64.500 NATO-Soldaten in Afghanistan kämpfen (Stand: 23. Juli 2009).²⁰ Darüber hinaus erhöhte Washington das

OEF-Kontingent von 19.000 auf 26.000 Soldaten, sodass mittlerweile über 90.000 westliche Militärs am Hindukusch operieren.²¹ Doch damit nicht genug: Der Oberkommandierende der ISAF-Truppen, US-General Stanley McChrystal, kündigte bereits an, 30-40.000 weitere Soldaten seien unbedingt erforderlich, um den Krieg gewinnen zu können.²²

1.3 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung

Neben der Entsendung von immer mehr Truppen und der Ausweitung des Einsatzgebietes reagierte die NATO vor allem mit der Änderung der Einsatzregeln (rules of engagement) auf die verschlechterte Sicherheitslage, ein Schritt, der ebenfalls maßgeblich zur Eskalation beitrug. Diese Einsatzregeln legen die Kriterien und Umstände fest, unter denen NATO-Soldaten im jeweiligen Einsatz Gewalt anwenden dürfen. Sie schrieben für Afghanistan lange Zeit vor, dass Waffengewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff eingesetzt werden durfte.²³

21 Campbell, Jason H./Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 23.09.2009, S. 10.

22 McChrystal Wants Up to 40,000 More Troops in Afghanistan, Foxnews, 16.09.2009.

23 Außerdem kann jedes Land seinen eigenen Soldaten zusätzliche Beschränkungen auferlegen (caveats), worauf weiter unten noch näher eingegangen werden wird.

19 Rühl, Lothar: Übergang zum Partisanenkrieg, FAZ, 25.05.2009.

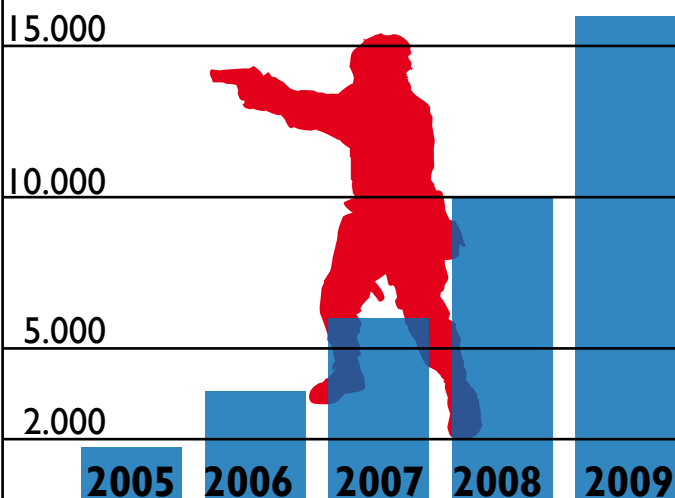
20 NATO: ISAF placemat, URL: <http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf> (30.09.2009).

Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle

Bewaffnete Zusammenstöße zwischen westlichen Truppen und afghanischem Widerstand:

2005: 1755; 2006: 3589; 2007: 6000; 2008: 10.000; 2009: ca. 16.000. Quelle: Anthony Cordesman: The Afghan-Pakistan War: A Status Report: 2009. A Brief Summary, Center for Strategic and International Studies, August 12. 2009. Die Zahlen von 2009 sind Hochrechnungen der ersten fünf Monate)



Selbstmordanschläge

2001-2005: 5; 2005: 6; 2006: 123; 2007: 160

Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 840 (Verletzte: 4081)

Nicht-US: 565 (Kanada: 131; Großbritannien: 217)

Deutschland: 35

Gesamt: 1405 (Stand: 22.09.2009)

Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die Angaben über die Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung variieren stark. Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich auch eine hohe Dunkelziffer. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind.

Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan):

Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1523; 2008: 2118 (Anstieg um 40% ggü. dem Vorjahr); 2009: Im ersten Halbjahr nochmaliger Anstieg um 24%

Nicht zuletzt, weil man den Krieg mit der Süd- und Osterweiterung gezielt eskalieren wollte, wurden die Einsatzregeln bereits Anfang 2006 verändert. Seither ist auch die aktive Bekämpfung von Widerstandsgruppen erlaubt, wie bei einer NATO-Presskonferenz Anfang Februar 2006 öffentlich wurde: „Das Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“²⁴ Damit veränderte sich endgültig der Charakter der vorgeblichen Friedens- und Stabilisierungsmission. Nüchtern stellt die *Stiftung Wissenschaft und Politik* diesbezüglich fest: „In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“²⁵

1.4 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen

Unmittelbar nach Beginn der Südausdehnung kam es zu schweren Auseinandersetzungen, seither ist die NATO praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt.²⁶ Über die Jahre ist die militärische Lage der NATO immer kritischer geworden. Die ISAF stößt mit immer größeren Gruppen zusammen, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessern.²⁷ Vor allem die „Lerneffekte“ aus dem Guerillakrieg im Irak haben zur Effektivierung des Widerstands beigetragen, indem dort „erfolgreich“ erprobte Kampfmaßnahmen übernommen wurden.²⁸

24 Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

25 Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie, Mai 2008, S. 15.

26 So etwa während der Operation "Medusa" Mitte 2006, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen. Der ARD-Korrespondent Christoph Heinze beschreibt die neue Qualität dieses Einsatzes folgendermaßen: „Klares Zeichen für den Kurswechsel war im Sommer 2006 die ‚Operation Medusa‘. Erstmals jagte die Isaf zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften aktiv Aufständische im instabilen Süden Afghanistans. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch. Im Juli hatte die Nato-geführte Isaf das Kommando im Süden von der US-geführten Anti-Terrorcoalition übernommen. Nun sollten massive Militäroperationen in klar definierten Gebieten mehr Sicherheit schaffen, um Wiederaufbau zu ermöglichen. Seitdem gibt es von der Isaf so genannte Präzisionsluftangriffe gegen Taliban-Führer, Flächenbombardements, Artilleriegefechte.“ Siehe Cremer, Uli: Frequently Asked Questions zum Thema Afghanistan-Krieg im Vorfeld der Bundestags-Abstimmungen zur weiteren Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents 2008, Überarbeitete Fassung 25.08.2008, URL: <http://www.gruenerfriedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf> (11.09.2008).

27 Vgl. Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, McClatchy Newspapers, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, UPI, 30.06.2006.

28 „Von besonderer Besorgnis ist der offensichtliche Import von Taktiken, die im Irak perfektioniert wurden.“ Siehe Senlis

Auffällig ist, dass die Kampfhandlungen vor allem seit 2006 massiv eskaliert sind, dem Jahr, in dem die NATO beschloss, deutlich aggressiver als zuvor zu Werke zu gehen. So stieg die Zahl der Selbstmordattentate von 5 (2001 bis 2004) auf 17 (2005), dann auf 123 (2006) und schließlich 160 (2007) an.²⁹ Analog hierzu explodierte auch die Zahl der „Sicherheitsvorfälle“, also der bewaffneten Zusammenstöße zwischen westlichen Truppen und afghanischem Widerstand. Während es im Jahr 2005 noch zu etwa 1750 derartiger Vorfälle kam, waren es 2006 bereits 3500 und im Folgejahr 6000. Für 2008 wurden ca. 10.000 solcher Zusammenstöße registriert und allein im ersten Halbjahr 2009 stieg die Zahl nochmals um 59% an.³⁰

Betroffen von diesen Auseinandersetzungen sind vor allem Afghanen, insbesondere Zivilisten. Allein im Jahr 2008 kamen laut der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) 2118 Unbeteiligte ums Leben, ein Anstieg um 40% gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2009 ist ein nochmaliger Anstieg um 24% zu verzeichnen. Allerdings erschweren eine Reihe von Faktoren eine korrekte Erfassung, der UNAMA-Bericht selbst gibt an, dass die tatsächliche Zahl mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich höher liegen dürfte.³¹ Die hohe Zahl an Zivilopfern ist ein wichtiger Faktor, weshalb inzwischen viele Afghanen mit dem Widerstand sympathisieren oder sich ihm sogar bereits angeschlossen haben. Besonders scharf wurde das Vorgehen des westlichen Militärs vom militärpolitischen Berater der deutschen Botschaft in Kabul im Mai 2007 kritisiert. Er schrieb in einem Brief an das Auswärtige Amt: „Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft [...] bekämpfen. [...] Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid.“³² Ein Mann in Jalalabad fasste die Gefühlslage folgendermaßen zusammen: „Die Taliban haben zwei meiner Angehörigen umgebracht, die Invasoren 16. Du kannst Dir ausrechnen, auf wessen Seite ich stehe.“³³

Council: Stumbling into Chaos: Afghanistan on the brink, November 2007, S. 7.

29 Ebd., S. 30.

30 Vgl. Cordesman, Anthony: The Afghan-Pakistan War: A Status Report: 2009. A Brief Summary, Center for Strategic and International Studies, 12.08.2009; Afghan Insurgent Violence Accelerates in 2009, RFE/RL, 12.06.2009.

31 Afghanistan: Mid Year Bulletin on Protection of Civilians in Armed Conflict, UNAMA, Juli 2009.

32 Haydt, Claudia/Buchholz, Christine: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Warum Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird, Die Linke o.j., URL: <http://tinyurl.com/5xqppg> (10.09.2008), S. 7.

33 Povey, Elahe Rostami: Keine Sicherheit ohne Entwicklung, Neues Deutschland, 24.07.2009.

Doch auch unter den westlichen Soldaten fordert der Krieg mehr und mehr Opfer, bereits bis Mitte 2009 wurden mehr getötet als im Vorjahr, ihre Gesamtzahl beträgt mittlerweile 1405 (Stand: 22. September 2009). Davon entfällt der Großteil auf die Vereinigten Staaten (840), gefolgt von Großbritannien (217) und Kanada (131).³⁴ Deutschland hat dabei mit 35 toten Soldaten vergleichsweise geringe Verluste hinnehmen müssen, vor allem deshalb, weil man sich bislang kaum an den Kampfhandlungen im schwer umkämpften Süden beteiligt hat. Dies sorgt bei den Verbündeten für zunehmende Verärgerung und dient auch als Anlass, generell die Frage nach der künftigen Lastenverteilung innerhalb der NATO zu stellen.

2. Afghanistan und der Transatlantische New Deal – Das Beispiel Deutschland

Der Versuch während der Amtszeit George W. Bushs, mit dem „Krieg gegen den Terror“ die US-Vorherrschaft auf Dauer abzusichern, mündete in einem finanziellen, militärischen und politischen Desaster und hat zu einer massiven machtpolitischen Schwächung der Vereinigten Staaten geführt.³⁵ Vor diesem Hintergrund bietet der frisch gewählte US-Präsident Barack Obama den EU-Staaten einen „Transatlantischen New Deal“ an. Er umfasst einerseits Washingtons Angebot, künftig in deutlich größerem Umfang als bislang auf EU-Interessen Rücksicht zu nehmen. Umgekehrt fordert er hierfür jedoch von den Verbündeten eine deutlich größere (militärische) Unterstützung ein. Im Kern lautet der Transatlantische New Deal also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substanziiell mitreden.

Offiziell wurde dieses Angebot auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009 unterbreitet. Mit blumigen Worten reichte Vizepräsident Joseph Biden dort den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter“, eine „neue Ära der Zusammenarbeit“, sie sei „entschlossen, einen neuen Ton anzuschlagen.“ Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen für den Transatlantischen New Deal: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen.“ Der Sinn und Zweck der ganzen Übung wurde folgendermaßen präzisiert: „Aber wir sagen zu unseren Freunden, dass die Bündnisse, Verträge und Internationalen Organisationen, die wir schaffen, glaubwürdig und effektiv sein müssen. Das erfordert eine gemeinsame Verpflichtung, sich nicht nur selbst an die Regeln zu halten, sondern ihre Einhaltung auch zu erzwingen. Während die Vereinigten Staaten die Bedeutung von Diplomatie, Entwicklung, Demokratie und dem Erhalt unseres Planeten erhöhen, bitten wir

34 Campbell/Shapiro 2009, S. 6ff.

35 So prognostiziert etwa ein Bericht der US-Geheimdienste einen erheblichen Machtverlust der Vereinigten Staaten. Siehe National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008.



Auf der Bundeswehrhomepage ist über die Tornados zu lesen: „Nach der Landung werden die Bilder am Boden zeitnah ausgewertet. [...] Die Weitergabe an die Anti-Terror-Operation Enduring Freedom ist sehr restriktiv geregelt.“ Franz Josef Jung antwortet jedoch auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ folgendes: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“ (WAMS, 04.02.2007)

Bild: Aufklärungstornado der Bundeswehr. Quelle: Wikipedia

unsere Verbündeten, ihre eigenen Ansätze zu überdenken – einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt.³⁶

In der Europäischen Union und gerade auch in Deutschland dienen diese Forderungen, die sich zunächst auf eine größere Unterstützung des Afghanistan-Krieges beziehen, als eine Steilvorlage für diejenigen, die ohnehin für einen Ausbau des Engagements plädieren. Das Argument: Nach den schweren Konflikten der letzten Jahre biete die Wahl Barack Obamas nun die Chance für eine Aussöhnung und eine enge strategische Partnerschaft mit den USA. Hierfür sei es jedoch erforderlich, den US-Forderungen umfänglich nachzukommen. Mit dieser Begründung legte beispielsweise der einflussreiche *European Council on Foreign Relations* im März 2009 eine ausführliche To-Do-Liste vor, in welchen Bereichen das EU-Engagement auszubauen sei: „Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton haben unmissverständlich klar gemacht, dass sie eine signifikante Erhöhung der EU-Anstrengungen erwarten. Die Frage wird wohl in Washington als Lackmustest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen.“³⁷

2.1 Deutschland – Per Salamitaktik immer tiefer in den Krieg

Auch wenn damit auch andere EU-Verbündete gemeint sind, Deutschland ist der Hauptadressat der US-Forderungen nach einer größeren Lastenverteilung. Dies betrifft auch und vor allem Afghanistan, wo von deutscher Seite gerne eine „Vorreiterrolle“ beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben wird. Die Verbündeten bewerten das Engagement aber anders, denn die deutschen Truppen sind fast ausschließlich im vergleichsweise ruhigen Norden des Landes stationiert. Im Osten und Süden, wo die schwersten Auseinandersetzungen stattfinden, kämpfen und sterben jedoch vor allem Soldaten der USA, Kanadas und Großbritanniens.³⁸ Aus diesem Grund übten die Verbündeten ab 2006 massiven Druck auf Deutschland aus, sich stärker an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Vor allem die US-Regierung fordert insbesondere seit dem Amtsantritt Barack Obamas sehr direkt einen größeren deutschen Beitrag.

Dies stellt die Bundesregierung jedoch vor ein Problem: Zwar trägt sie den gegenwärtigen NATO-Eskalationskurs voll mit und wäre nur allzu bereit, sich noch stärker zu engagieren. Andererseits sieht sie sich aber einer Bevölkerung gegenüber, die die Beteiligung deutscher Truppen an Kampfhandlungen mit deutlicher Mehrheit kategorisch ablehnt. Will man jedoch seinen Einfluss in Afghanistan, aber auch in der NATO (und darüber hinaus) nicht einbüßen, so ist es aus deutscher Sicht zwingend erforderlich,

36 Joseph Biden, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2009-biden-dt.html> (01.10.2009). Hervorhebung im Redemanuskript.

37 Korski, Daniel: Shaping Europe's Afghan surge, European Council on Foreign Relations, Policy Brief, March 2009, S. 1.

38 "Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist. Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden", so ein britischer Offizier. Siehe Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.

sich stärker zu involvieren. Denn nur wer Krieg führt, darf international mitbestimmen, anders können die weiterhin gültigen Aussagen von Ex-Außenminister Joschka Fischer über die Motivation des deutschen Afghanistan-Engagements nicht interpretiert werden: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“³⁹

Aufgrund dieser Konstellation ist die Bundesregierung gezwungen, schrittweise vorzugehen: Per Salamtaktik soll die Bevölkerung sachte daran „gewöhnt“ werden, sich mit einer immer größeren deutschen Kriegsbeteiligung abzufinden.

2.2 Schritte über den Rubikon I: Tornado-Einsatz

Der erste „Meilenstein“ war die Anfang 2007 beschlossene Entsendung von Recce-Tornados. Sie werden auch im Süden und Osten eingesetzt und liefern Zieldaten, auf deren Grundlage anschließend Bombardierungen erfolgen, bei denen auch zahlreiche Zivilisten ums Leben kommen. Mit der Entsendung der Tornados macht sich Deutschland somit unweigerlich zum Mittäter, wie Walter Jertz, ehemals Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“⁴⁰

Mit der Entsendung der Tornados war taktisch geschickt ein entscheidender Schritt getan: Einerseits konnte sich die Bundesregierung hinstellen und Forderungen nach Bodentruppen mit Blick auf die diesbezüglich extrem hohe Ablehnung in der eigenen Bevölkerung mit deutlichen Worten ablehnen. Auf der anderen Seite diente der Verweis, man könne aus Gründen der Bündnissolidarität ja schließlich nicht jede Maßnahme verweigern, dazu, den eigenen Kriegsbeitrag weiter auszubauen, ohne dass dies auf größeren Widerstand gestoßen wäre. Doch dabei handelte es sich lediglich um die erste Verschärfung des Bundeswehreinsatzes, weitere sollten folgen.

39 Cremer 2008, S. 17. Diese Denkfigur setzte sich bereits kurz nach dem Ende des Kalten Krieges durch. Schon vor langem gab CDU-Vordenker Karl Lamers die Devise aus, dass die „Teilnahme an internationalen Militäraktionen eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik“ sei. Auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 gaben an, die Fähigkeit zur „Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen [ist] gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag.“ Vgl. Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003, S. 284.

40 Kobylinski, Alexander/Caroline, Walter: Krieg oder Frieden? – Streit um den Einsatz von Tornados, Kontraste, 15.02.2007.

2.2 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force

Bereits im Januar 2008 plädierte eine Analyse der regierungsnahen *Stiftung Wissenschaft und Politik* dafür, die Bundeswehr solle das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. „Wie im Irak bestehen auch dort klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Generell gehe es für Deutschland und die NATO darum, den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Planung zu rücken.⁴¹ Mitte März stimmte Verteidigungsminister Franz Josef Jung die Bevölkerung auf die nächsten Eskalationsschritte ein: „Der Charakter unserer Einsätze wird sich den Herausforderungen anpassen müssen! Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ *robustere Maßnahmen* ins Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.“⁴²

Gesagt, getan: am 30. Juni 2008 übernahm die Bundeswehr die „Quick Reaction Force“ (QRF) von Norwegen. Die 205 Soldaten des 212. Panzergrenadierbataillons werden im Norden und Westen Afghanistans eingesetzt und haben laut ihrem Kommandeur, Oberstleutnant Gunnar Brügger, die Aufgabe „zu helfen, zu retten, zu schützen, zu unterstützen und natürlich überall zu kämpfen, wo solch eine Truppe gebraucht wird und angemessen ist.“ Die QRF sei für „alle Eskalationsstufen“ ausgebildet.⁴³ Zum Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe, die ihr Hauptquartier in Mazar-i Sharif hat, gehört laut Bundeswehr nicht nur der „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden“, sondern auch „gewaltbereite Menschenmengen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.“⁴⁴ Nach der Entscheidung zum Einsatz von Bundeswehrtornados stellt die Übernahme der QRF damit den nächsten Meilenstein auf dem Weg dar, sich immer aggressiver an dem Krieg zu beteiligen. Selbst SPD-Mann Rainer Arnold sieht in dem Bundeswehreinsatz eine „neue Qualität“.⁴⁵

41 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

42 Verteidigungsminister Franz Josef Jung stellt die Aufgaben der Bundeswehr als Armee im Auslandseinsatz vor, Rede bei der Kommandeurtagung im Wortlaut (14. März 2008), URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/kommandeur3.html> (09.09.2008). Hervorhebung JW.

43 Bundeswehr stellt Eingreiftruppe in Afghanistan, Der Tagesspiegel, 01.07.2008.

44 Quick Reaction Force – Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.

45 Richter, Alexander: Bundeswehr-Mission in Afghanistan. Von der Verteidigung zum Angriff?, tagesschau.de, 17.01.2008.

2.3 Schritte über den Rubikon III: Truppenerhöhung: Die Bundeswehr geht in die Offensive

Nachdem die USA trotz Tornados und Quick Reaction Force weiter auf noch größere Beiträge drängten, wurde im Herbst 2008 die Truppenobergrenze von 3.500 auf 4.500 Soldaten erhöht.⁴⁶ Berichten zufolge plante Verteidigungsminister Franz Josef Jung sogar eine Erhöhung auf 6.000 Soldaten, sah davon aber wegen der Landtagswahlen in Bayern mit Rücksicht auf die CSU ab.⁴⁷ Ferner wurde das Mandat nicht wie bisher für 12, sondern für 14 Monate erteilt, um so zu verhindern, dass dieses Thema in den Wahlkampf 2009 hineinspielte. Als im Sommer 2009 darüber hinaus auch noch die Beteiligung an der Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen beschlossen wurde, wurde das Kontingent um weitere 300 Soldaten vergrößert. Deutschland stellt 27 Prozent der Finanzierung und 40 Prozent des Personals für die AWACS-Flugzeuge bereit, die klare Kampfmittel sind. Sie können „zur Luftaufklärung wie zur operativen Führung eigener Flugzeuge, ferner zur Zielerfassung auch am Boden und damit zur Leitung von Luft-Boden-Operationen eingesetzt werden.“⁴⁸

46 Auch das Bundeswehrrkontingent stieg ähnlich rasant wie das der NATO: 1200 (2001); 2250 (2003); 3000 (2005); 3500 (2007); 4500 (2008); 4800 (2009).

47 Schölzel, Arnold: Nach der Wahl: mehr Krieg, Junge Welt, 31.08.2009.

48 Lothar Rühl, zitiert bei Henken, Lühr: Was will die NATO in Afghanistan und in Georgien?, IMI-Analyse 2008/028.

Auch das mühsam aufrecht erhaltene Bild vom Bundeswehrrsoldaten als einer Art bewaffnetem Entwicklungshelfer wird immer brüchiger. So fand von Mitte bis Ende Juli 2009 die „Operation Adler“ statt. Dabei handelte es sich um eine Militäroperation von 300 Bundeswehr- und etwa 900 afghanischen Regierungssoldaten, bei der erstmals auch schweres Gerät, Mörser und Schützenpanzer, zum Einsatz kam. Ziel war es, Widerstandsgruppen zurückzuschlagen, die im deutschen Verantwortungsgebiet an Boden gewonnen hatten: „Der Raum Kundus hat sich negativ entwickelt. Da braucht man nicht drumherum zu reden“, so Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan. Deswegen sei es „jetzt an der Zeit, diese Eskalation vorzunehmen.“⁴⁹ Der entsprechende Wikipedia-Eintrag lässt an der Bedeutung des Geschehens keine Zweifel aufkommen: „Die Operation Oqab [afgh. für Adler] bedeutete für das deutsche Heer die erste direkte Beteiligung an einer Offensive seit seinem Bestehen. Die Tragweite des deutschen Beitrags spiegelt sich in der Aussage von Oberstleutnant Hans-Christoph Grohmann, Kommandeur der QRF, wider, der einen seiner Offiziere als ‚den ersten Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat‘ vorstellte.“⁵⁰

49 Pany, Thomas: Afghanistan: Der Auftrag ist gewöhnungsbedürftig, Telepolis, 22.07.2009.

50 Wikipedia: Operation Oqab, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Oqab (30.09.2009).

Häuserkampf in Falludscha – Vorbild für die Bundeswehr

„Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation *Phantom Fury*, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnester sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten.“

Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wiederholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Truppenkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur‘ noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden.

Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums *Stadt*.“

Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005, S. 3.



Falludscha nach dem Angriff der US-Streitkräfte

Allerdings war die Operation Adler ein Schlag ins Wasser – zumindest gemäß dem, was sie offiziell erreichen sollte. Schon kurz nach Beendigung des Einsatzes kehrten die vertriebenen Gruppen wieder in die Region zurück. Auf die Frage, ob diese Feststellung zutreffe, antwortete Verteidigungsminister Franz Josef Jung seltsamerweise Folgendes: „Wie das Gefecht vom Freitag zeigt, ist das leider wahr. Deshalb werden auch in Zukunft derartige Operationen notwendig sein.“⁵¹ Weil also dieser Einsatz nichts bewirkt hat, sollen zukünftig viele weitere folgen – soviel zur Logik des Verteidigungsministers. Festzuhalten ist jedoch, dass sich damit die US-amerikanische und die deutsche Kriegsführung sukzessive annähern, wie die Politikwissenschaftlerin Elizabeth Pond feststellt: „Sicher, Deutschlands jüngste erstmalige Verwendung schwerer Waffen und panzerähnlicher Fahrzeuge in einer zweiwöchigen Offensive gegen Aufständische wird kaum die US-Hoffnungen auf mehr deutsche Kampfeinsätze im Süden Afghanistans befriedigen. Aber die neue deutsche Durchsetzungsbereitschaft kündigt eine gewisse Annäherung an.“⁵²

In dieses Bild einer zunehmenden Brutalisierung des deutschen Einsatzes passt auch die im Juli 2009 erfolgte Anpassung der „Nationalen Klarstellungen“ zum NATO-Operationsplan. Sie regeln, wann die Soldaten in Afghanistan Gewalt einsetzen dürfen und werden bündig auf einer so genannten Taschenkarte zusammengefasst. Nun ist auch für die deutschen Soldaten in ihrem Operationsgebiet die aktive Aufstandsbekämpfung erlaubt. Folgender Satz wurde komplett gestrichen: „Die Anwendung tödlicher Gewalt ist verboten, solange nicht ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht.“⁵³ Auch diese Maßnahme ist im Kontext der Diskussion um die transatlantische Lasten- und Machtverteilung zu sehen, wie Lothar Rühl beschreibt: „Solange die Deutschen in ihrer Zone nicht mehr Initiative und Aggressivität bei der Bekämpfung der Islamisten und anderer Rebellen zeigen, werden sie nur als zweitklassige Verbündete betrachtet und auch so behandelt. Abwehr von Angriffen, die man in Berlin stets hervorhebt, genügt den Partnern nicht länger, sie wollen Angriffe auf den Feind sehen, wie auch hohe deutsche Militärs zugeben.“⁵⁴

51 Wie viele Deutsche müssen noch in Afghanistan sterben? Interview mit Franz Josef Jung, Bild am Sonntag, 09.08.2009.

52 Pond, Elizabeth: Germany's combat revival, Christian Science Monitor, 07.08.2009.

53 Pany 2009.

54 Rühl, Lothar: Verbündeter zweiter Klasse, FAZ, 19.07.2009.

Anteil der EU-Mitgliedsländer an ISAF-Truppenstellern	
Albanien	140
Aserbaidschan	90
Australien	1090
Belgien	510
Bosnien und Herzegowina	2
Bulgarien	470
Dänemark	700
Deutschland	4050
Estland	150
Finnland	110
Frankreich	3160
Georgien	1
Griechenland	145
Irland	7
Island	8
Italien	2795
Jordanien	7
Kanada	2800
Kroatien	295
Lettland	165
Litauen	200
Luxemburg	9
Mazedonien	165
Neuseeland	160
Niederlande	1770
Norwegen	485
Österreich	3
Polen	2000
Portugal	90
Rumänien	1025
Schweden	430
Singapur	8
Slowakei	230
Slowenien	80
Spanien	780
Tschechische Republik	340
Türkei	730
Ukraine	10
Ungarn	310
USA	29950
Vereinigten Arabischen Emirate	25
Vereinigtes Königreich	9000
Gesamt: 64.495	
Anteil EU: 28.529	

2.4 Afghanistan und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Doch trotz all dieser entgegenkommenden Gesten sehen die USA weiterhin massiven Handlungsbedarf. Anfang Juli 2009 wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“⁵⁵ Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Komme man den US-Wünschen nicht nach, drohe Deutschland von den USA zu einem Partner dritten Ranges herabgestuft zu werden, so die Argumentation: „Der neue US-Präsident wird den Europäern breitere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, ohne damit allerdings den amerikanischen Führungsanspruch aufzugeben. Dazu gehört aber auch, dass von europäischer Seite größere Beiträge als bisher erwartet werden“, so Eckart von Klaeden, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.⁵⁶ Ganz ähnlich äußert sich Michael Rühle, der Deutschland nur für „begrenzt bündnisfähig“ hält: „Bündnisfähigkeit setzt heute die Bereitschaft voraus, militärische Risiken zu tragen.“⁵⁷ Vor diesem Hintergrund rechnen Teile der Friedensbewegung mit einer neuerlichen Truppenerhöhung.⁵⁸ Und tatsächlich hieß es noch im Sommer 2009: „US-Präsident Barack Obama wird die Bundesregierung [...] nach der Bundestagswahl [Ende September] zur Entsendung weiterer Truppen nach Afghanistan auffordern. US-Diplomaten haben dies führenden CDU-Politikern bereits angekündigt.“⁵⁹

Allerdings steht nicht die Frage nach einer Truppenaufstockung im Zentrum, sondern ob Deutschland und andere Verbündete bereit sein werden, trotz des Widerstands in der Bevölkerung, Bodentruppen in den schwer umkämpften Süden zu entsenden. Schon bei seiner viel umjubelten Rede in Berlin im Sommer 2008 hatte Barack Obama die nun erfolgte massive Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan angekündigt. Gleichzeitig machte er aber unmissverständlich klar, er wolle „diese Verpflichtung dazu nutzen, um von den NATO-Verbündeten größere Beiträge – mit weniger Einschränkungen – einzufordern.“⁶⁰ Mit die-

sen „Einschränkungen“ (caveats) bezog sich der US-Präsident auf die Möglichkeit jedes Mitgliedslandes, seinen Truppen in einem NATO-Einsatz bestimmte Beschränkungen aufzuerlegen. Dies ist insbesondere in Afghanistan von erheblicher Bedeutung, da dort u.a. Deutschland darauf besteht, seine Soldaten nicht in den schwer umkämpften Süden und Osten zu entsenden. Mittlerweile mehren sich aber in Deutschland Aussagen, wie etwa die des SPD-Außenexperten Hans-Ulrich Klose, man solle die Quick Reaction Force „stark genug machen, dass sie im Notfall in ganz Afghanistan eingesetzt werden kann – auch im Süden.“⁶¹ Auch ein Beitrag in der *Internationalen Politik* pocht darauf, man dürfe die „Entsendung in den Süden Afghanistans nicht länger kategorisch ausschließen.“⁶²

Doch nicht nur von Deutschland wurden und werden größere Beiträge gefordert. Dabei lässt sich insgesamt festhalten, dass der Druck der US-Regierung bislang überaus erfolgreich war: Frankreich und Italien haben inzwischen ihre Einschränkungen bereits deutlich gelockert und allein zwischen Ende 2006 und Frühjahr 2009 erhöhten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Beteiligung an ISAF um über 50%.⁶³ Angesichts der erheblichen Widerstände gegen eine noch größere Kriegsbeteiligung innerhalb der Bevölkerung, ist aber gegenwärtig fraglich, wie weit den noch weitergehenden US-Forderungen wirklich entsprochen werden wird. So sprachen sich die EU-Verteidigungsminister auf ihrem Treffen Ende September 2009 – vorläufig – gegen die Entsendung weiterer Truppen aus. Möglicherweise wird diese Haltung beibehalten – ebenso wie einige der Einsatzbeschränkungen –, zumal einiges darauf hindeutet, dass es Kompensationsleistungen in Form eines stärkeren Engagements der Europäischen Union geben wird.

55 „Deutschland und Europa müssen mehr tun“, FAZ, 01.07.2009.

56 Klaeden, Eckart von: Erwartungen an Obamas Außenpolitik, in: Die politische Meinung, Januar 2009, S. 5-9, S. 9.

57 Rühle, Michael: Begrenzt bündnisfähig? in: Internationale Politik, Juli/August 2009, S. 76-82, S. 76.

58 „Die [...] Erhöhung der in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten auf nunmehr 4.800 Soldaten bedeutet zwar gegenüber Sommer 2008 eine Steigerung um 36%. Aber dabei wird es nicht bleiben. Es zeichnet sich ab, dass nach den Bundestagswahlen die Truppenzahl weiter angehoben wird“, so die düstere Prognose von Uli Cremer und Wilhelm Achelpöehler (www.gruene-friedensinitiative.de/).

59 Obama will mehr Soldaten von Deutschland, Spiegel Online, 29.08.2009.

60 Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.

61 SPD-Politiker fordert Bundeswehreinsätze im Süden, Spiegel Online, 04.02.2008.

62 Riecke, Henning: Mehr Einsatz in Afghanistan, in: Internationale Politik, Januar 2009, S. 39-44, S. 39.

63 Korski 2009, S. 2f.

Teil II: Die EU und die Flankierung des Krieges in Afghanistan

Wie bereits erwähnt, ist die Europäische Union – und eben nicht nur ihre Einzelstaaten in Form ihrer ISAF-Beteiligung – direkt in den Krieg involviert. Dies betrifft zuerst einmal die weit gehend vorbehaltlose Unterstützung der NATO-Eskalationsstrategie, insbesondere auch der nochmaligen Verschärfung unter Barack Obama: „Die Außenminister der Europäischen Union haben die neue Afghanistan-Strategie von US-Präsident Barack Obama einhellig begrüßt.“⁶⁴ Indem die Europäische Union beispielsweise die Ausweitung der Kampfzone nach Pakistan hinein befürwortet⁶⁵, trägt sie nicht unerheblich zur Legitimation des Krieges bei.

Doch der Beitrag der Europäischen Union beschränkt sich keineswegs allein auf die deklaratorische Ebene. Vor allem drei Bereiche sind hervorzuheben und sollen im Folgenden näher betrachtet werden: die Rolle beim neoliberalen Umbau des Landes; die konzeptionelle Vorarbeit, aber auch die finanzielle Unterstützung der in Afghanistan praktizierten zivil-militärischen Besatzungsstrategie; und schließlich der wichtigste Beitrag: der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte, damit diese im Rahmen der angestrebten „Afghanisierung“ des Krieges, künftig den Großteil der Kampfhandlungen selbst übernehmen können.

3. Die neoliberale Plünderung Afghanistans

In ihrer Außenwirtschaftspolitik zielt die Europäische Union (wie auch die USA) immer aggressiver auf die Erschließung neuer Absatzmärkte für die eigenen Konzerne ab. Hierfür begann die EU-Kommission unter dem viel sagenden Arbeitstitel „Global Europe“ an einer neuen Strategie zu arbeiten, die schließlich im Oktober 2007 unter dem Namen „Das europäische Interesse – Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“ vorgelegt wurde. Sie soll als „Grundlage für eine Strategiedebatte dienen“ und „Europas Antwort auf die Globalisierung“ darstellen: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen [...] profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend

macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.“⁶⁶

Der marktradikale Neoliberalismus, der sich kaum versteckt hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“ und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren. Umso frappierender ist es, dass dieses Wirtschaftsprogramm mittlerweile auch ganz offen unter militärischer Besatzung aufoktroziert wird. Im Rahmen dieses „Neoliberalen Kolonialismus“ wird unter den Deckmänteln von „Stabilitätsexport“ und „Nation Building“ ein radikalliberales Wirtschaftsprogramm aufgezwungen: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öffnung für ausländische Investoren und Handel, Steuererleichterungen für ausländische Unternehmen, etc.⁶⁷ Afghanistan macht hier keine Ausnahme – im Gegenteil. In dem Maße aber, wie sich westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die humanitäre Situation sich dementsprechend verschlechtert, gewinnt auch der Widerstand zunehmend an Boden.

66 Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4. Vgl. auch den EU-Kommissionschef: "Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen uns auch für Freihandelszonen und Handelsvereinbarungen einsetzen und sicherstellen, dass bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. Da die meisten Zölle inzwischen erheblich niedriger sind, sind es jetzt vor allem nichttarifäre Handelshemmnisse, die die EU-Exporte behindern. [...] Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit 'sanfter Gewalt' solide Ergebnisse für die EU-Unternehmen und -Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muss in kohärenter Weise entschlossen geschützt und gefördert werden." Siehe Barroso, José Manuel: Politische Leitlinien für die nächste Kommission, Brüssel, 03.09.2009, S. 35.

67 Vgl. zum neoliberalen Nation Building Wagner, Jürgen: Neoliberaler Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2007); Pugh, Michael u.a.: Whose peace? critical perspectives on the political economy of peacebuilding, Basingstoke 2008; Chandler, David: Empire in Denial: The Politics of Statebuilding, London 2006; Barbara, Julien: Rethinking neoliberal state building, in: Development in Practice, Juni 2008, S. 307-318.

64 EU begrüßt Obamas Strategie, Focus.de, 27.03.2009.

65 European Union-Afghanistan Joint Declaration, Berlin, 12.06.2009, URL: http://www.fu-berlin.de/sites/mun/medien/meu/EU_AFG_Joint_Declaration_2009.pdf (30.09.2009).

3.1 Neoliberales Nation Building

Unmittelbar nach Kriegsende holte der *Internationale Währungsfond* (IWF) ein wohl schon längst ausgearbeitetes Programm hervor, das den konsequenten neoliberalen Umbau Afghanistans vorsah.⁶⁸ Allerdings war die EU von Anfang an eng in diesen Prozess involviert und an dessen Implementierung beteiligt, wie ein IWF-Bericht verdeutlicht: „Eine große Zahl Internationaler Organisationen und Geberländer sind gegenwärtig involviert. In der Folge einer ersten Bestandsaufnahme [early diagnostic mission] im Jahr 2002 legte der IWF maßgeschneiderte Aktionspläne vor. [...] Die Regierung billigte diese Vorschläge, die nun sukzessive von der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der *Europäischen Union*, den amerikanischen, britischen und deutschen Entwicklungsorganisationen (USAID, DFID und GTZ) sowie dem US-Finanzministerium implementiert werden.“⁶⁹

Hierbei konnte man sich voll auf die willfähige, weil von der Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“ abhängige Übergangsregierung unter Hamid Karzai verlassen, wie der IWF befriedigt feststellte: „Von Anfang an haben die afghanischen Behörden sich stark darauf verpflichtet, fiskalische Stabilität und Disziplin aufrecht zu erhalten, um den Wiederaufbau und die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. [...] Die Wirtschaft wird auf liberalen und offenen Märkten basieren, angeführt von Aktivitäten des Privatsektors und mit einem geringen Grad an staatlichen Eingriffen. Der Außenhandel und Zahlungsverkehr [...] werden auch liberal sein und Privatinvestitionen werden gefördert. In ihren Anstrengungen, all diese Ziele zu erreichen, erhalten die Behörden die Unterstützung des IWF, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank und von zahlreichen bilateralen Gebern.“⁷⁰

Auf verschiedenen Konferenzen, bei denen die Europäische Union jeweils mit am Tisch saß, wurde anschließend dafür gesorgt, dass dieses marktradikale Programm einen festen und verbindlichen Rahmen erhielt. Dies geschah zunächst über die vorläufige „Afghanische Nationale Entwicklungsstrategie“ (ANDS) aus dem Jahr 2006, der eine endgültige Fassung zwei Jahre später folgte. Die ANDS stellt das zentrale Dokument für den Aufbau afghanischer Wirtschaftsstrukturen dar und orientiert sich strikt an den neoliberalen Vorgaben der westlichen Besatzer: „Unsere ökonomische Vision ist es, eine liberale Marktwirtschaft aufzubauen. [...] Um dies zu erreichen, werden wir ein förderliches Umfeld für den Privatsektor entwickeln, damit er Profite generieren und vernünftige Steuern bezahlen kann.“⁷¹ So resümiert Citha Maass, Afghanistan-Expertin der *Stiftung Wissenschaft und Politik*: „Die ANDS bleibt weiterhin der These vom liberalen Frieden verpflichtet, die

das internationale Afghanistan-Engagement seit der Bonn-Vereinbarung vom Dezember 2001 determiniert. Sie besagt, dass Demokratie und eine freie Marktwirtschaft den inneren politischen Frieden fördern.“⁷²

Die ANDS bildet wiederum den Rahmen für die komplette „Wiederaufbaupolitik“ der Europäischen Union in Afghanistan: „Die EU betont, dass [...] die nationale Entwicklungsstrategie Afghanistans (ANDS) auch künftig den einschlägigen Rahmen für die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans bilden werden.“⁷³ Auch das zentrale Planungsdokument der EU-Kommission, das „Länderstrategiepapier 2007-2013“, fügt sich nahtlos in dieses Bild ein. Die afghanische Regierung wird dort für ihre Absicht gelobt, „die meisten der vorhandenen staatlichen Unternehmen zu privatisieren“ sowie „die makroökonomische Stabilität mittels eines ausgewogenen Haushalts, einer niedrigen Inflationsrate und einer stabilen Währung zu bewahren.“ Ferner wird dort noch hervorgehoben: „Afghanistan hat die Mitgliedschaft in der WTO beantragt. Die Mitgliedschaft dürfte einen soliden Rahmen für den Fortschritt im Bereich der Gesetzgebung bilden sowie für die Glaubwürdigkeit der marktwirtschaftlich orientierten Politik Afghanistans auf nationaler und internationaler Ebene sorgen.“⁷⁴

Schon im April 2002 legte die afghanische Regierung den Entwurf für ein „National Development Framework“ vor. Dort hieß es, man strebe „geringe Unternehmenssteuern für alle Investoren“ sowie „die Errichtung eines Freihandelsregimes mit niedrigen und vorhersehbaren Zöllen“ an.⁷⁵ Kurze Zeit später wurde ein Investitionsschutzgesetz („Law on Domestic and Foreign Private Investment“) verabschiedet, dessen wichtigste Elemente von der *Bertelsmann-Stiftung* folgendermaßen zusammengefasst wurden: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie ‚stromlinienförmige‘ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“⁷⁶

68 Vgl. Carlin, Anne: Rush to reengagement in Afghanistan. The IFIs' Post-Conflict Agenda, Banc Information Center, December 2003.

69 Islamic State of Afghanistan: Rebuilding a Macroeconomic Framework for Reconstruction and Growth, IMF Country Report No. 03/299, September 2003, S. 8. Hervorhebung JW.

70 Ebd., S. 8.

71 Afghanistan National Development Strategy (ANDS), Islamic Republic of Afghanistan, April 2008, S. 17.

72 Maass, Citha D.: A Change of Paradigm in Afghanistan, SWP Comments, June 2008, S. 2.

73 Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

74 Europäische Kommission: Länderstrategiepapier Islamische Republik Afghanistan 2007-2013, URL: http://ec.europa.eu/external_relations/afghanistan/csp/07_13_de.pdf (30.09.2009).

75 National Development Framework (Draft), Kabul, April 2002, URL: <http://www.cmi.no/pdf/?file=/afghanistan/doc/NationalDevelopmentFramework.pdf> (01.10.2009).

76 Bertelsmann Transformations Index: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008); vgl. auch Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: APuZ, Nr. 48/2004.

So konnte *Germany Trade and Invest* (früher: *Bundesamt für Außenwirtschaft*) bereits 2006 wohlwollend feststellen: „Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene ‚Afghan Investment Support Agency – AISA‘, die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“⁷⁷ Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: „Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitionen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen.“⁷⁸

Schon frühzeitig warnten Beobachter jedoch davor, dass eine derartigen Auslieferung Afghanistans an den Weltmarkt zwar ganz den Vorstellungen von IWF und Weltbank entsprach, für eine wirtschaftliche Entwicklung aber untauglich war.⁷⁹ So wurde Afghanistan aufgrund der kaum vorhandenen Schutzzölle von ausländischen Waren überschwemmt. „Man kann Kosmetika aus Europa kaufen und dann fragt man sich, wo bleibt überhaupt noch ein Spielraum für eine neue privatwirtschaftliche Produktion in Afghanistan selbst, wenn die Importwaren viel günstiger zu erwerben sind?“, so Citha Mass von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*.⁸⁰ Als Resultat weist Afghanistan ein immenses Handelsbilanzdefizit auf, ca. 6.5 Mrd. Dollar im Jahr 2008. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern: „Die Handelsbilanz wird auch langfristig passiv bleiben“, folgert ein Bericht von *Germany Trade and Invest*.⁸¹

Die Zollreduzierungen haben darüber hinaus zur Folge, dass die einheimischen, häufig in Staatsbesitz befindlichen Betriebe der ausländischen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert und deshalb nicht konkurrenzfähig sind. Dies nimmt ANDS wiederum zum Anlass, sich für die umfassende Privatisierung der staatseigenen Betriebe auszusprechen.⁸² Um generell Investitionen in den Privatsektor zu fördern, wurde wie bereits erwähnt die *Afghan Investment Support Agency* ins Leben gerufen. Ihren Angaben zufolge haben sich bis 2008 mehr als 6.200 Unternehmen als Investoren registriert. Das erfasste Investitionsvolumen belief sich Anfang 2008 auf rd. 2,4 Mrd. US\$. Zu den

77 Afghanistan: Wirtschaftsentwicklung 2006, Bundesamt für Außenwirtschaft, 27.11.2006.

78 Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (08.09.2008).

79 Vgl. Johnson, Chris/Leslie, Jolyon: Afghanistan: the mirage of peace, New York 2004, S. 186.

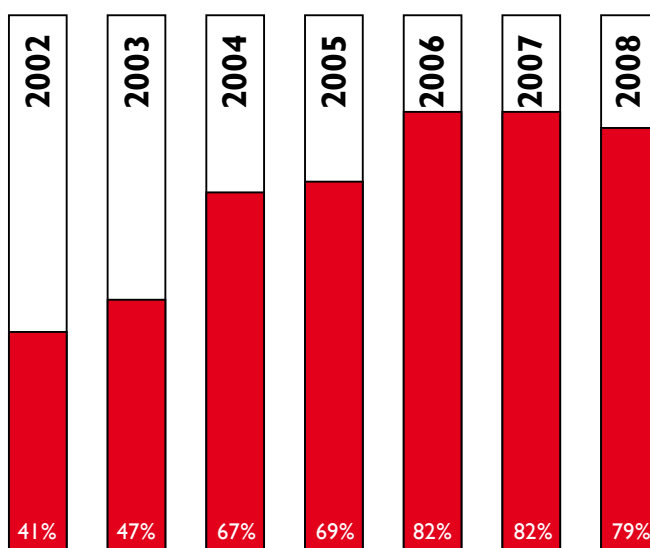
80 Herrscherin über Wachstum und Entwicklung? Die Weltbank in Zeiten der Krise, WDR 5 – Das Feature, 19./20.04.2009.

81 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan, Germany Trade & Invest, Juni 2009, S. 8.

82 ANDS 2008, S. 83f.

Boombranche Drogenanbau

Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion:



Zwar ging die Anbaufläche 2008 und 2009 zurück, dies hat jedoch primär mit höheren Erträgen pro Hektar zu tun. Hauptanbauggebiete sind die südlichen Provinzen Hilmand und Kandahar. <http://www.unodc.org/>

großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagrís, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Afghan Wireless, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL.⁸³ Kein Wunder also, dass die Wirtschaftspolitik der afghanischen Regierung in einem Bericht des US-Außenministeriums positiv beurteilt wird: „Die Regierung hat eine fortschrittliche Politik betrieben, um Handel und Investitionen zu fördern, einschließlich einer Währungsreform, Zolltarifen und einem vereinfachten Steuersystem. Sie hat außerdem Strukturen ins Leben gerufen, um Investitionen und eine investmentfreundliche Politik zu fördern.“⁸⁴

3.2 Afghanistan GmbH: Humanitäre Katastrophe und „gebundene Hilfe“

Für die Bevölkerung sind die Folgen dieser neoliberalen „Wiederaufbaupolitik“ verheerend, wie Thomas Gebauer, Geschäftsführer von *medico international*, beklagt: „Das ‚neue‘ neoliberale Wirtschaftsmodell, das die internationalen Berater dem Land verordnet haben, hat die Arbeitslosigkeit auf ein nie gekanntes Ausmaß katapultiert. 50-70% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind heute ohne geregeltes Einkommen. Reihenweise mussten Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen schließen, als die Märkte Afghanistans für billige Produkte aus dem Ausland geöffnet wurden. Zigtausende Kinder überleben heute nur, indem sie Abfall durchwühlen, Schuhe putzen oder auf den Straßen betteln.“⁸⁵

83 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2007/08, Bundesamt für Außenwirtschaft, 21.02.2008, S. 6.

84 Afghanistan 2009: Investment Climate Statement, Bureau of Economic, Energy and Business Affairs, Februar 2009.

85 Gebauer, Thomas: Afghanistan – mit Sicherheit in die Katastrophe? *medico* Rundschreiben 3/2007.

Geber	Verteilte Hilfsgelder In Mio. USD	Zugesagte, aber nicht verteilte Hilfsgelder Februar 2008 In Mio. USD
USA / USAID	5022,9	5377
Japan / JICA	1393,52	16,9
Vereinigtes Königreich	1266,3	188,87
EU	1074,1	646,68
Weltbank	852,72	750,72
Deutschland	767,84	458,2
Kanada	730,72	48,12
Asiatische Entwicklungsbank	547,8	1009,7
Italien	424,41	0
Niederlande	407,1	85,5
Norwegen	277	122,3
Schweden	217,26	41,15
Iran	213,87	13,89
ECHO (Europäisches Hilfsprogramm)	207,68	2,23
Indien	204,26	650,85
Australien	194,81	0
UN Agenturen	171	0
Dänemark	152,79	59,38
Russische Föd.	139	0
Aga Khan	119,3	0
Frankreich	79,93	29,47
Saudi Arabien	76,9	30
Finnland	64,06	29,92
Schweiz	51,55	43,96
China	41	20,35
Spanien	25,6	37,15
Turkei	20,8	22,82
Gesamt	14744,22	9685,16

Quelle: Agency Coordinating Body for Afghan Relief (ACBAR), Matt Walden, Aid Effectiveness in Afghanistan, März 2008, www.acbar.org

Der Länderbericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) gelangt zu dem Ergebnis, die humanitäre Lage habe sich seit Beginn des NATO-Einsatzes gegenüber der Taliban-Herrschaft sogar weiter verschlechtert: 61% der Bevölkerung seien chronisch unterernährt.⁸⁶ Lediglich 13% aller Afghanen haben Zugang zu Trinkwasser, 12% zu Sanitäranlagen und 6% zu elektrischem Strom.⁸⁷ Angesichts der katastrophalen Situation wäre es also dringend notwendig, mittels humanitärer Hilfe die schlimmste Not zu lindern. Aber während das Soll im militärischen Bereich mehr als übererfüllt wurde, bleibt die Entwicklungs-

hilfe weit hinter den Versprechungen zurück. Von den bis 2008 zugesagten 25 Mrd. US\$ an Hilfeleistungen für die Bevölkerung wurden lediglich 15 Mrd. US\$ bereitgestellt. Auch die EU-Entwicklungshilfe macht hier keine Ausnahme: von zugesagten 1.7 Mrd. \$ wurden lediglich etwas über 1 Mrd. \$ ausbezahlt.⁸⁸

Noch schlimmer ist, dass die Geberländer tunlichst darauf achten, dass die Gelder, die überhaupt ausbezahlt werden, zu möglichst großen Teilen wieder in die Taschen der eigenen Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert *Caritas International* die vorherrschende Vergabep Praxis mit folgenden Wor-

⁸⁶ Vgl. Afghanistan Human Development Report 2007, UNDP 2007, S. 18-23.

⁸⁷ Afghanistan Jahreswechsel 2008/09, Bundesamt für Außenwirtschaft, Januar 2009, S. 4f.

⁸⁸ Waldman, Matt: Falling Short – Aid Effectiveness in Afghanistan, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

ten: „Viel davon ist das Ergebnis ‚gebundener Hilfe‘ bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“⁸⁹ Während *Oxfam* den Anteil der „gebundenen Hilfe“ auf 40% schätzt, geht das *Center for Strategic and International Studies* gar von 90% aus.⁹⁰

Offenbar scheint es so zu sein, dass „ein Großteil der ausgegebenen Mittel, sowohl von EU- als auch von US-Seite, dafür genutzt wurden, allein die Profitinteressen westlicher Konzerne zu bedienen.“⁹¹ Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa bestätigt diesen Verdacht. Sie beschreibt den primär westliche Konzerninteressen bedienenden „Wiederaufbau“ ihres Landes mit folgenden Worten: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine handvoll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.“⁹²

Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen bei den westlichen Firmen katastrophal, es bildet sich eine Mehrklassengesellschaft mit der afghanischen Bevölkerung als Bodensatz heraus: „Zum Beispiel ist es bei den Straßenbauprojekten so, dass der afghanische Arbeiter bei der Louis Berger Group 7 Tage in der Woche arbeiten muss. Er bekommt kein Krankengeld oder sonstige Zuwendungen und erhält dafür 90\$ im Monat. Die türkischen Aufsichtskräfte dagegen bekommen mindestens 1000 EUR/Monat. Daran sieht man, dass der westliche Helfer immer das 10-, 100- oder 1000fache seines afghanischen Kollegen verdient. Dass das zu einer entsprechenden Missstimmung beiträgt, kann sich jeder vorstellen. Neben der Bauwirtschaft gibt es einen zweiten ökonomischen Zweig, der extrem vom Krieg in Afghanistan profitiert. Es handelt sich um die Sicherheitswirtschaft. [Auch die] Sicherheitskräfte werden extrem gut bezahlt. Es wird von Margen von bis zu 1000\$ am Tag geredet. [...] Im Klartext heißt das, dass neben der Korruption der internationalen Firmen ein Großteil der internationalen Hilfgelder dafür ausgegeben wird, kaputte Straßen zu bauen, die Beratung dafür zu organisieren und die Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Zugespitzt formuliert handelt es sich um eine Art der organisierten Dysfunktionalität.“⁹³

3.3 Guerillakrieg im Eigenbau

Angesichts der derzeitigen Politik stellt sich – abgesehen von gravierenden moralischen Bedenken – ganz grundsätzlich die Frage, inwieweit eine gewaltsame Oktroyie-

rung westlicher Ordnungsvorstellungen überhaupt praktikabel ist: „Das naive, rein technokratische Überstülpen westlicher ‚Blaupausen‘ von Rechtsstaat und Demokratie wird in den meisten dieser Gesellschaften zu erheblichen Verwerfungen und Abstoßungsreaktionen führen und letztlich zum Scheitern verurteilt sein.“⁹⁴ Diese Einschätzung trifft in jedem Fall zu, wenn der vollmundig propagierte Stabilitätsexport derart schamlos als Lizenz zum Plündern verstanden wird, wie dies gegenwärtig in Afghanistan der Fall ist, wie eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* belegt: „Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert.“⁹⁵

Während allein die Vereinigten Staaten mittlerweile 223 Mrd. Dollar für die Kosten des Kriegseinsatzes aufgewendet haben (Deutschland ca. 4 Mrd.)⁹⁶, reichen die spärlichen Entwicklungshilfgelder bei weitem nicht aus, um die erdrückende Not im Land auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass Hilfgelder regelrecht zweckentfremdet werden, denn „ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung.“⁹⁷ So werden die deutschen Gelder für den Aufbau der afghanischen Polizei dem Einzelplan 23 (BMZ-Haushalt) entnommen – bis 2008 etwa 100 Mio. Euro.⁹⁸ Im Ergebnis gab die gesamte internationale Gemeinschaft zwischen 2002 und 2006 lediglich 433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme aus.⁹⁹

Vor diesem Hintergrund betrachten immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung die westlichen Truppen als Okkupanten, nicht als Wohltäter. In einer Umfrage von ARD, ABC und BBC im Februar 2009 sprach sich erstmals mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus.¹⁰⁰ Dabei wächst offensichtlich auch die Zahl derjenigen, die bereit sind, sich mit gewaltsamen Mitteln zur Wehr zu setzen – die hohe Zahl an Zivilopfer tut ein Übriges hinzu. Deshalb ist es grob verkürzt, den wachsenden Widerstand pauschal als ideologisch motiviert abzuqualifizieren – die Wirklichkeit ist deutlich komplexer. Auf der Basis

89 Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, Pressemitteilung, 10.06.2008.

90 Lindley-French 2009, S. 7; Waldman 2008.

91 Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure – Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSD RUCK (Februar 2007).

92 Nawa, Fariba: Afghanistan Inc., Oakland 2006, S. 28.

93 Hantke 2007.

94 Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: Friedenswarte, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 42.

95 Pei, Minxin: Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment Policy Brief 24, May 2003, S. 6.

96 Belasco, Amy: The Cost of Iraq, Afghanistan and Other Global War on Terror Operations since 9/11, Congressional Research Service, 15.05.2009. Die Zahl schließt das Haushaltsjahr 2009 mit ein.

97 Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006, S. 203.

98 Vgl. Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung, IMI-Studie 2008/10.

99 Senlis Council 2006, S. 209.

100 Der Hass auf den Westen wächst, tagesschau.de, 09.02.2009.

umfassender Feldforschung kommt der *Senlis Council* zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Der Großteil des Widerstands setze sich aus „armutsgetriebenen ‚Graswurzelgruppen‘“ und nicht aus islamistischen Fundamentalisten zusammen.¹⁰¹ Auch auf einer Konferenz der *RAND Corporation*, einer der US-Luftwaffe nahe stehenden Denkfabrik, wurde betont, nur 20% der Aufständischen seien religiös motiviert: „Die Taliban erfahren Unterstützung von Neulingen und Alliierten, die nicht ihre Ideologie teilen, sich aber aus anderen Gründen gegen Kabul, lokale Führer oder die internationale Präsenz stellen und dies unter dem Banner der Taliban tun. Es gibt fluide Allianzen und Absprachen auf der lokalen Ebene, wenn auch mit wenig Kohärenz und Kohäsion.“¹⁰² Selbst der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, bestätigt diese Einschätzung: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“¹⁰³

4. Prototyp Afghanistan: Zivil-militärische Besatzung und Aufstandsbekämpfung

Mittlerweile ist es nahezu Konsens, dass „Stabilisierungsoperationen“ – also Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungseinsätze wie in Afghanistan – den künftigen Operationsschwerpunkt der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen werden. Damit kommt aber der „Stabilisierung“ (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zu, wie dem eigentlichen Sieg gegen eine reguläre Armee auf dem Schlachtfeld. Nicht erst die Probleme in Afghanistan haben jedoch verdeutlicht, dass das Militär hierzu allein nur bedingt in der Lage ist. So beschrieb die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 das Problem folgendermaßen: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.“¹⁰⁴

Für die effektive Administration einer de facto Kolonie wie Afghanistan sind zahlreiche nichtmilitärische Fähigkeiten erforderlich, man benötigt Juristen, Ingenieure, Militärpolizei bzw. Polizeisoldaten, die in Aufstandsbekämpfung geschult sind, etc., eben alles, was schon für

101 Senlis Council 2007, S. 60.

102 Ahmed, Samina: Are We Learning? Military Engagement - The Taliban, Past and Present, in: Cheryl, Benard u.a.: Afghanistan - State and Society, Great Power Politics, and the Way Ahead, Findings from an International Conference, Copenhagen, Denmark, 2007.

103 Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.

104 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, Dezember 2003, S. 12.

eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war. In diesem Zusammenhang ist es die Idee der maßgeblich von der Europäischen Union ausgearbeiteten und als neues Leitbild propagierten „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ (CIMIC), diese Kapazitäten für das reibungslose(re) Funktionieren der Besatzung nutzbar zu machen. In den Worten der Europäischen Sicherheitsstrategie: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“¹⁰⁵

Die Folgen dieser Instrumentalisierung ziviler Akteure liegen auf der Hand: sie werden vor Ort als Teil der Militärmaschinerie und demzufolge oftmals als Gegner und damit auch als legitime Anschlagziele betrachtet. Gerade in Afghanistan, wo CIMIC erstmals in großem Stil praktiziert wird, hat dies inzwischen zur Folge, dass sich zahlreiche humanitäre Organisationen sogar aus dem Land zurückziehen mussten. Auch wenn die in Afghanistan operierenden CIMIC-Einheiten (sog. Regionale Wiederaufbauteams, PRTs) unter Führung der NATO stehen, die Europäische Union hat hierbei nicht nur über ihre konzeptionelle Vorarbeit wesentlich zur Umsetzung beigetragen. So finanziert sie etwa Teile der dortigen CIMIC-Maßnahmen aus dem EU-Haushalt mit. Ferner arbeiten Beamte der EU-Mission EUPOL Afghanistan eng mit den PRTs zusammen¹⁰⁶ und es gibt sogar bereits Forderungen, ein EU-geführtes PRT aufzustellen.¹⁰⁷ Schließlich ist es vor allem die Europäische Union, die derzeit maßgeblich auf eine Institutionalisierung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit drängt und hier schon weit reichende Schritte ergriffen hat.

4.1 PRTs in Afghanistan: Zivile unter der Fuchtel des Militärs

CIMIC ist auf die Umsetzung militärischer, nicht entwicklungspolitischer Ziele fokussiert, wie aus den einschlägigen Definitionen eindeutig hervorgeht.¹⁰⁸ Letztlich geht es dabei ausschließlich um eine Effektivierung der Besatzung, indem zivile Akteure in die Aufstandsbekämpfung mit einbezogen werden. Wie man sich das vorzustellen hat, erläutert Daniel Fried, ehemals Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im ameri-

105 Ebd., S. 11f.

106 Gross 2009, S. 26ff.

107 Korsi 2009, S. 1.

108 Vgl. hierzu die Ausführungen von Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium, bzgl. der CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9: „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klargestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation. [...] Und nicht vergessen werden sollte auch, dass der eigentliche Gegner in einer militärischen Operation nicht das Militär ist, sondern die dahinter stehende zivile Gesellschaft.“ Siehe Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen 2004, S. 19. Die „Allied Joint Publication (AJP) 9“ vom Juni 2003 konkretisierte die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001.



*Mitglied eines US-amerikanischen Regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan.
Quelle: US-Armee*

kanischen Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“¹⁰⁹

Ganz konkret funktioniert die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan über 26 so genannte Regionale Wiederaufbauteams (PRTs) unter Führung der NATO, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen.“¹¹⁰ Während die USA davon den Großteil befehligen, ist auch Deutschland mit zwei PRTs in Kundus und Faisabad beteiligt. Die Aufgabenbeschreibung dieser integrierten Truppen macht ihren zivil-militärischen Charakter mehr als deutlich: „PRTs weisen eine Stärke von jeweils etwa 50 bis 500 Personen auf. [...] Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. [...] Im Feld sind PRTs als Patrouille, Vermittler, Netzwerkbilder, Betreiber von Wiederaufbauprojekten, Armee- und Polizeiausbildner, Demobilisierungs- und Entwaffnungshelfer sowie als Informationsbeschaffer aktiv.“¹¹¹

109 Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

110 Auswärtiges Amt: Deutschlands globales Engagement, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobalesEngagement.pdf> (13.07.2007), S. 12.

111 Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen

4.2 Von Helfern zu Kollaborateuren...

Im Rahmen von CIMIC werden humanitäre Helfer zu Spionen umfunktioniert. Anne Bodine, Mitarbeiterin des US-Außenministeriums im PRT in Herat, gab von ihrer Truppe folgende Selbstbeschreibung: „Wir sind Augen und Ohren der US-Regierung.“¹¹² Auch die *Stiftung Wissenschaft und Politik* betont, „das große Potential der CIMIC-Kräfte“ müsse zukünftig „stärker berücksichtigt werden.“ In einem „so vielschichtigen und sich rasch verändernden sozialen Umfeld wie Afghanistan“ seien „Kenntnisse über lokale Machtgefüge [...] äußerst wichtig.“ CIMIC gehöre mittlerweile sogar „zu den Ausbildungsgängen der Führungsakademie der Bundeswehr“, berichtet die SWP: „Damit wird den zukünftigen Kommandeuren der hohe Nutzen von CIMIC bei Lagebildgenerierung, Bewertung und Erstellung von Handlungsempfehlungen [...] vertraut gemacht.“¹¹³ Im Militärsprech liest sich dies dann folgendermaßen: „Durch Aufbau und Pflege eines Beziehungsgeflechts zwischen den eingesetzten Streitkräften und den vielfältigen zivilen und nichtstaatlichen Akteuren im Einsatzland werden Informationen gewonnen, die die Streitkräfte zur Vervollständigung des Gesamtbildes nutzen.“¹¹⁴

Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006, S. 10f.

112 Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, S. 47.

113 Lange, Sascha: Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität, SWP-Studie S9, März 2008.

114 Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105, S. 98.

Die „Hilfsprojekte“ der Regionalen Wiederaufbauteams sollen direkt den militärischen Auftrag unterstützen. So sollen brunnenbauende Soldaten als PR-Maßnahme dabei helfen, die Akzeptanz der militärischen Besatzung in der afghanischen Bevölkerung zu vergrößern („winning hearts and minds“). Eine wirkliche Verbesserung der Situation steht dabei ganz hinten auf der Prioritätenliste: „Gerade in Anbetracht der schwierigen Sicherheitslage liegt der Fokus der Hilfsleistungen meist auf schnellen und sichtbaren Projektzielen. Diese Art von Projekten sollen die öffentliche Unterstützung gewinnen. Häufig stärken sie lediglich die örtlichen Machthaber. Da diesen Projekten keine langfristigen und nachhaltigen Programme folgen, führen sie innerhalb der afghanischen Bevölkerung verstärkt zu der Wahrnehmung, dass an der nachhaltigen Entwicklung des Landes kein Interesse besteht.“¹¹⁵ CIMIC-Projekte werden nicht dort gestartet, wo es die größte Not gebietet, sondern wo militärstrategische Interessen dies nahe legen: „Daher werden die Orte, über denen man Hilfsgüter abwirft, nach militärischer Nützlichkeit ausgewählt. Die Frage, wo Unterstützung am dringendsten benötigt wird oder am effizientesten eingesetzt werden kann, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.“¹¹⁶

Doch die Instrumentalisierung geht noch deutlich weiter: Ein Beitrag über die „Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“ beschreibt präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur dort einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt beispielsweise gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.“ Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwicklungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“¹¹⁷ Vor diesem Hintergrund kritisierte *Caritas International* in einer beeindruckend deutlichen Stellungnahme im Juni 2008, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“¹¹⁸

Die *Stiftung Wissenschaft und Politik* weist auf die Folgen dieser Strategie hin: „Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als *Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen*.“¹¹⁹ Damit verlieren zivile Organisatio-

nen ihre – für die Gewährleistung humanitärer Hilfe und für die Sicherheit der Helfer essenzielle – politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu integralen Bestandteilen des Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Dies mag man verständlicherweise bedauern, verwundern kann es einen angesichts des Auftretens der Regionalen Wiederaufbauteams allerdings nicht: „An jedem beliebigen Tag können sie theoretisch morgens auf Menschen schießen und danach Hilfe in demselben Gebiet am Nachmittag verteilen. Die Teams können sogar Luftschläge der Koalition anfordern.“¹²⁰

4.3 ... zu Anschlagzielen

Obwohl in Afghanistan bis 2008 bereits über 7.500 CIMIC-Projekte durchgeführt wurden¹²¹, erfolgt das Gros der Wiederaufbaumaßnahmen außerhalb der PRTs und weitgehend unabhängig vom Militär. Dennoch wird mit den PRTs – erfolgreich – der Eindruck erweckt, humanitäre Hilfe sei vom Militär und seinem Besatzungsregime nicht zu trennen. Selbst die Organisationen, die sich bislang strikt weigern, mit dem Militär zusammenzuarbeiten, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft ihre neutrale Position vermitteln zu können. Vom afghanischen Widerstand werden sie als Kollaborateure des Militärs und damit als legitime Anschlagziele betrachtet. Dass deutsche Soldaten in Afghanistan mit weißen Geländewagen, dem traditionellen Erkennungszeichen humanitärer Organisationen, durch die Gegend fahren, trägt zusätzlich zur Ununterscheidbarkeit ziviler und militärischer Akteure bei.¹²² Dies hat mittlerweile zu der grotesken Reaktion geführt, dass humanitäre Helfer zunehmend versuchen, ihre Identität zu verbergen: „Die Attentate auf UN, IRK und andere Hilfsorganisationen in Afghanistan und im Irak haben dazu geführt, dass Hilfsorganisationen inzwischen ihre Identität lieber verbergen und unsichtbar bleiben wollen. Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und die Helfer tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Die militärische Absicherung von humanitärer Hilfe steht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip und macht die Hilfsorganisationen unglaubwürdig.“¹²³

Besonders problematisch ist auch, dass die Gewährung von Hilfsleistungen, wie bereits erwähnt, teils davon abhängig gemacht wird, inwieweit mit den Besatzungsmächten kollaboriert wird: „Je mehr sie uns helfen, desto mehr gutes Zeug bekommen sie“, so der in Afghanistan stationierte US-Lieutenant Teid Finn.¹²⁴ Die katastrophalen Folgen

115 Caritas 2008.

116 Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan, SWP Studie, August 2008, S. 49-55, S. 51.

117 Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal, August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (30.09.2009).

118 Caritas 2008. Vgl. auch Hinz, Thorsten: Afghanistan – die Dialektik eines prominenten Diskurses, in: Wissenschaft und Frieden 2/2009.

119 Hoffmann 2008, S. 49. Hervorhebung JW.

120 Christian Aid 2004, S. 46.

121 NATO: Progress in Afghanistan, Bucharest Summit 2-4 April 2008, URL: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/progress_afghanistan.pdf (10.12.2008).

122 Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur unter der Federführung der Fraktion DIE LINKE vorbereiteten öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema "Zivil-militärische Zusammenarbeit" am 25. Oktober 2006, Ausschussdrucksache Nr. 16(19)124.

123 Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: neue caritas, September 2004.

124 Christian Aid 2004, S. 47.

einer derartigen Instrumentalisierung humanitärer Hilfe wurden im Jahr 2004 nachdrücklich unter Beweis gestellt. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin [Hekmatyar] zu übermitteln.“ Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereitgestellt wird.“¹²⁵ *Ärzte ohne Grenzen* kritisierte dies seinerzeit mit folgenden Worten: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab. [...] Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“¹²⁶

Diese Einschätzung sollte sich auf tragische Weise bewahrheiten. Nachdem Mitarbeiter von *Ärzte ohne Grenzen* in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Nähe zur Verteilung des Flugblatts einem Anschlag zum Opfer fielen, sah sich die Organisation am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit dazu gezwungen, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. *Ärzte ohne Grenzen* war also in der Lage, während der sowjetischen Besatzung, in den Zeiten des Bürgerkrieges sowie unter den Taliban humanitäre Hilfe zu leisten, nicht aber unter dem zivil-militärischen Besatzungsregime des Westens – ein Armutszeugnis für ein Konzept, das vorgeblich die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern soll. Auch die *Welthungerhilfe* reduzierte nach wiederholten Angriffen im Jahr 2007 ihre Aktivitäten in Afghanistan drastisch. Die Organisation führt diese Angriffe maßgeblich zurück auf „die Vermischung von Überlebenshilfe und Wiederaufbau mit militärischen Einsätzen und der damit verbundenen unzureichenden Abgrenzung von zivilen und militärischen Kräften im Rahmen der Provincial Reconstruction Teams (PRT). Wenn nämlich bewaffnete Kräfte nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden können, werden auch Hilfsorganisationen zum Ziel von Angriffen.“¹²⁷ Zuletzt kritisierte Wolfgang Jamann, Ge-

125 Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg.): Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg 2006, S. 312-323.

126 Ebd.

127 Preuß, Hans-Joachim/Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007). Ebenso zog sich *Malteser International* nach wiederholten Angriffen aus dem Land zurück. Vgl. Der schleichende Rückzug der Aufbauhelfer, Focus, 31.07.2007. Auch *medico* gerät zunehmend unter Druck. So wurden im August 2007 drei afghanische Minenräumer von MDC (Mine Detection and Dog Center), einer lokalen lokalen Nichtregierungsorganisation, entführt und kurz darauf ermordet. Ihre deutsche Partnerorganisation *medico international* sieht die Verantwortung hierfür eindeutig in der zunehmenden Vereinnahmung ziviler Akteure für militärische

neralsekretär der *Welthungerhilfe*, im Sommer 2009 das Konzept aufs Schärfste: „Die Entwicklungshilfe durch die Wiederaufbauteams in den Provinzen wurde als Instrument für politische und militärische Interessen missbraucht und ist sogar Teil der Militärstrategie geworden. Deshalb wird sie nicht mehr als unparteilich wahrgenommen.“¹²⁸

Dementsprechend steigen die Angriffe auf Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen laut *Afghanistan NGO Safety Office* (ANSO) immer weiter an: von 106 im Jahr 2006 auf 137 in den darauf folgenden 12 Monaten und schließlich 172 im Jahr 2008. Laut ANSO hat sich die Gefährdungslage in den letzten Jahren in sämtlichen Bereichen deutlich vergrößert und wird weiter zunehmen, was u.a. auf den zunehmenden Respektsverlust vor der politischen Neutralität von NGO-Mitarbeitern zurückgeführt wird. Dabei sei auch eine „Politisierung“ der Angriffe zu verzeichnen; anfangs seien kriminelle Motive entscheidend gewesen, mittlerweile würden jedoch Angriffe im Kontext des Widerstands gegen die Besatzung überwiegen.¹²⁹ Kein Wunder also, dass der *Verband Entwicklungspolitik Deutscher Entwicklungsorganisationen* (VENRO) im Januar 2009 eine vernichtende Kritik an der Zivil-militärischen Zusammenarbeit veröffentlichte. Umso bedenklicher ist, dass dort auch die Befürchtung geäußert wurde, dass das Konzept künftig von Afghanistan „auf andere Konflikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.“¹³⁰

Ziele: „Für MDC wird es immer schwieriger, die Arbeit des Minenräumens fortzuführen. Dies gilt im Besonderen, weil es im Rahmen des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan zu einer zunehmenden Aufweichung der Grenze zwischen zivilen Hilfsaufgaben und militärischen Einsätzen kommt. Helfer und ausländische Soldaten verschmelzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung und machen unsere Projektpartner verstärkt zur Zielscheibe.“ Siehe *medico*-Newsletter 05/2007.

128 Hungerhilfe attackiert Afghanistan-Strategie der Regierung, Spiegel Online, 16.08.2009.

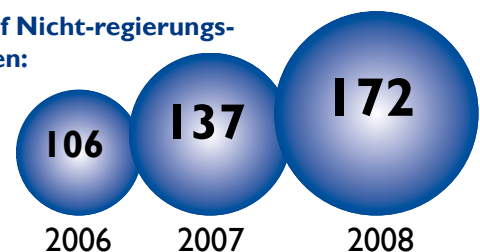
129 ANSO Quarterly Data Report, Kabul, April 2009, URL: <http://www.afgnso.org/2009/2009%20Q1.pdf> (30.09.2009).

130 Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan, VENRO-Positionspapier 1/2009, S. 2.

CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, sind zivile Fähigkeiten erforderlich. Deshalb wird in Afghanistan im Rahmen der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ versucht, zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung zu stellen. Damit werden humanitäre Helfer für die Bevölkerung aber zu integralen Bestandteilen der Besatzung und damit zu Gegnern und legitimen Anschlagzielen. Als Folge haben sich die Angriffe auf zivile Akteure mittlerweile derart gehäuft, dass viele Nichtregierungsorganisationen sich mittlerweile aus Afghanistan zurückziehen mussten.

Anschläge auf Nicht-regierungsorganisationen:



Kasten 2: Zivil-militärische Zusammenarbeit - Kritikpunkte

Die folgenden Kritikpunkte an CIMIC von Andreas Buro beziehen sich zwar auf die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB), treffen aber auch auf die Entwicklungszusammenarbeit und andere Bereiche zu.

1. CIMIC ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren.

2. Die ZKB-Kräfte geraten dabei in eine Situation die von vornherein militärischgewaltträchtigbestimmt ist. Als letztes Mittel steht hinter CIMIC stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie Ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In CIMIC wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik.

3. Militärgestützte Politik würde sich eher für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation - natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak - durch CIMIC sicherer beherrschen zu können. Damit würde CIMIC zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

4. Ein Gegenargument könnte lauten: Im Rahmen von CIMIC können wir zumindest in Nachkriegssituationen eine Verschiebung zugunsten von ZKB erreichen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Doch war das das Ziel Ziviler Konfliktbearbeitung? Ist der Preis hierfür nicht viel zu hoch und lässt sich dieses Ziel nicht viel besser durch eigenständige Projekte erreichen?

5. Angesichts der Asymmetrie der CIMIC-Partner ist es äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der Zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Prävention und Dialog setzt und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Im Bereich der Prävention, die ja das eigentliche Anliegen der Friedensbewegung darstellt, gewinnen die ZKB-Kräfte durch CIMIC voraussichtlich keinen Einfluss, denn die Form der Prävention gehört zum Herzstück der herrschenden, militärgestützten Politik. Allenfalls könnten bei mehr oder weniger kleinen Konflikten im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Diskussionen über präventive Maßnahmen durch ZKB einflussreich werden. In diesen dürfte allerdings das Militär ohnehin keine oder nur eine Nebenrolle spielen.

6. In Cimic wird ZKB zu einem Bestandteil des militärischen

Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische „Friedensmissionen“ und „Friedenskonsolidierung“ dienen kann und sicherlich auch dafür genutzt wird. Die Legitimationsfolie für militärische Einsätze der Großmächte heißt heutzutage ohnehin, dass sie den „Gerechten Krieg“ der „Guten“ gegen die „Bösen“ führen. Die ZKB-Kräfte landen mit CIMIC auf der Seite der militärisch starken „Guten“. Das eigentliche Anliegen von ZKB, die Überwindung des militärischen Konfliktaustrags, bleibt dabei auf der Strecke.

7. CIMIC bedeutet eine Aufspaltung der Kräfte, die eigentlich für eine grundsätzlich veränderte Politik der Konfliktbewältigung, nämlich präventiv und mit zivilen Mitteln, eintreten wollten. Diejenigen, die sich auf CIMIC einlassen, werden – so meine Vermutung – materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung privilegiert werden. Diejenigen jedoch, die am eigentlichen Ziel der Überwindung des militärischen Konfliktaustrags und der dementsprechenden Abrüstung festhalten, werden wie bisher materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt oder gar diffamiert werden.

Quelle: Buro, Andreas: CIMIC - ein brisanter Cocktail, in: FriedensForum 4/2004.

4.4 Die Institutionalisierung Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung

Die Sorgen VENROs sind nur allzu berechtigt. Trotz der fatalen Folgen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit wird sie sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch der NATO als neues Leitkonzept propagiert, das künftig bei sämtlichen Einsätzen zur Anwendung kommen soll. Auf EU-Ebene ist für die politisch-strategische Einsatzplanung bislang die im Rat angesiedelte Generaldirektion E zuständig und zwar Abteilung VIII für militärische und Abteilung IX für zivile Missionen. Bis spätestens Ende 2009 sollen diese beiden Abteilungen nun jedoch unter einem Dach zusammengeführt und so die künftige Planung untrennbar miteinander verzahnt werden.¹³¹ Damit rückt eine

im Wortsinn zivile – sprich alternativ zur militärischen Krisenbewältigung agierende – EU-Außenpolitik in immer weitere Ferne.¹³²

Analog hierzu wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 die Neufassung des Strategischen Konzeptes in Auftrag gegeben, in der CIMIC eine zentrale Rolle einnehmen soll, wie Angela Merkel in einer Regierungserklärung verdeutlichte: „[Die] neue operative Realität erfordert ein neues Verständnis von Sicherheit und der Herstellung von Sicherheit. [...] Ich glaube, am Beispiel Afghanistan wird jedem klar, dass ein Erfolg nur möglich ist, wenn die NATO mit ihren militärischen Mitteln Teil eines umfassenden und kohärenten Ansatzes zugunsten der Stabilisierung des Landes ist. Zu diesem Ansatz gehört die ganze Vielfalt von zivilen Aktionen und Maßnahmen zugunsten einer

¹³¹ Blair, Stephanie: Towards Integration? Unifying Military and Civilian ESDP Operations, in: European Security Review Nr. 44, Mai 2009, S. 5-7.

¹³² Vgl. etwa EPLD Statement on Civilian-Military Integration in European Security and Defence Policy, URL: http://www.eplo.org/documents/EPLO_Statement.pdf (30.09.2009).

guten Entwicklung des Landes. Dieses Grundverständnis, das wir jetzt in Afghanistan entwickelt haben, wird aber in Zukunft nicht ein Einzelfall sein, sondern muss zum *strategischen Allgemeinut der NATO*, also der Allianz, werden.¹³³

Ein Blick in die Kristallkugel, wohin eine solche Instrumentalisierung ziviler Akteure führen kann, liefern die Forderungen der *Stiftung Wissenschaft und Politik*. Sie plädiert dafür, eine neue strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt zu schaffen: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.“¹³⁴ Darüber hinaus soll das Militär vor Ort künftig grundsätzlich den Hut aufhaben: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] *Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern.* [...] Ein wesentlicher Vorteil einer speziell für Auslandseinsätze zuständigen zivil-militärischen Organisation läge in der Gewährleistung personeller und inhaltlicher Kontinuität. Diese Stelle könnte etwa eine gemeinsame Einsatzvorbereitung für das zivile und militärische Personal koordinieren.“¹³⁵

5. Sicherheitssektorreform: Die EU und die Afghanisierung des Krieges

Trotz der massiven Truppenaufstockungen sowie der verstärkten Instrumentalisierung ziviler Akteure, es wird immer offensichtlicher, dass dies allein nicht ausreichen wird, um Afghanistan unter Kontrolle zu bekommen. Das US-Militär hat schon lange vorgerechnet, dass für eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung 20-25 Soldaten auf 1000 Einwohner erforderlich sind, was für Afghanistan einen Bedarf von 640-800.000 Truppen ergibt.¹³⁶ Es steht außer Frage, dass ein solches Kontingent niemals mobilisiert werden kann und auch in den westlichen Chefetagen scheint man sich angesichts des Vordringens des Widerstands dieser Problematik allmählich bewusst zu werden.

133 Regierungserklärung von Angela Merkel zum NATO-Gipfel, 26.03.2009. Hervorhebung JW. Auch die beiden wichtigsten Vorschlagskataloge zur Aktualisierung des Strategischen Konzepts betonen die Bedeutung des Comprehensive Approach. Vgl. The Washington NATO Project: Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, Februar 2009; Naumann, Klaus/Shalikhavili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, Januar 2008.

134 Noetzel/Zapfe 2008, S. 24.

135 Ebd. Hervorhebung JW.

136 Fick, Nathaniel/Nagl, John: Counterinsurgency Field Manual: Afghanistan Edition, in: Foreign Policy, Januar/Februar 2009.

Ein wesentliches Element der EU-Politik zur „Stabilisierung“ von Staaten sind deshalb inzwischen „Sicherheitssektorreformen“ geworden¹³⁷: der Aufbau von Repressionsapparaten soll pro-westliche Machthaber in die Lage versetzen, sich möglichst ohne allzu große direkte Unterstützung am Ruder halten zu können. Auch in Afghanistan beabsichtigt man die eklatante Lücke zwischen verfügbaren westlichen Truppen und tatsächlichem Bedarf durch eine massive „Afghanisierung“ des Krieges zu schließen. Bis 2015 sollen einheimische Kräfte in der Lage sein, den Großteil der Kampfhandlungen im Alleingang zu schultern.¹³⁸ Während die afghanische Armee ursprünglich 70.000 Soldaten umfassen sollte, wurde diese Zahl schnell auf zunächst 134.000 angehoben. Doch damit nicht genug, ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal hat bereits die neue Zielgröße von 270.000 Soldaten ausgegeben. Auch die afghanische Polizei, de facto Paramilitärs, ursprünglich sollten es 62.000 sein, soll deutlich vergrößert werden. Anvisiert werden nun 140-160.000 Polizisten.¹³⁹

Bereits heute ist die Europäische Union in diesem Bereich am sichtbarsten engagiert, indem sie Teile der Polizeiausbildung übernimmt. Was sich aber nun abzeichnet ist, dass dieser Beitrag als Kompromisslösung massiv ausgebaut werden könnte. Denn Washington scheint allmählich zu realisieren, dass die innenpolitischen Widerstände es den EU-Mitgliedsstaaten sehr schwer machen werden, sich noch stärker an dem Krieg zu beteiligen, als dies ohnehin bereits der Fall ist. Dennoch erwarten die Vereinigten Staaten eine Kompensationsleistung und diese könnte in einem deutlich erhöhten Beitrag beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte liegen. So äußerte sich US-Verteidigungsminister Robert Gates folgendermaßen: „Ich denke offen gestanden, da wir unsere Anforderungen auf zivile Experten und Polizeiausbilder konzentrieren werden, wird dies für Europäer zu Hause einfacher sein, als die Bitte, mehr Soldaten zu schicken. Die Dinge, um die wir bitten, sind für sie politisch einfacher, so dass sie trotz ihrer Wirtschaftsprobleme diese Anforderungen erfüllen werden.“¹⁴⁰

5.1 EUPOL Afghanistan: Hilfe beim Aufbau der Repressionsorgane

Deutschland hatte lange die Führungsrolle beim Polizeiaufbau in Afghanistan inne. Von Anfang an bestand dabei das Ziel in der „Schaffung einer afghanischen Gendarmarie“, so die Bundesregierung. Sie sollte die Antwort auf die Frage liefern, „wie den Aktivitäten der Aufständischen begegnet werden kann.“¹⁴¹ Doch die deutsche Performance stieß auf heftige Kritik seitens der Verbündeten; bis zum Jahr 2007 war es lediglich gelungen etwa 5.000 Polizisten auszubilden.¹⁴²

137 Gross 2009, S. 9.

138 Zuhören und Tee trinken, FAZ.net, 24.06.2009.

139 More troops needed for Afghan war, CNN, 04.08.2009.

140 Horlohe 2009.

141 Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/6703, 12.10.2007, S. 8.

142 Selbst innerhalb der Bundeswehr regte sich Kritik. Noch in seiner Zeit als Vorsitzender des Bundeswehrverbandes nahm Bernhard Gertz kein Blatt vor den Mund. Beim Aufbau der Polizei habe die Bundesrepublik "vollständig versagt". Siehe

*Afghanische Polizisten in der EUPOL-Ausbildung,
Foto: EUPOL*



Vor diesem Hintergrund wurde dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU bereits am 13. Oktober 2006 der Bericht einer EU-Bewertungsmission vorgelegt, der eine Analyse der Lage zur Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan enthielt. Er empfahl, eine Erkundungsmission zu entsenden, um die Durchführbarkeit einer EU-Polizeimission zu prüfen. Die Erkundungsmission vom 27. November bis zum 14. Dezember 2006 schuf dann die Grundlagen für die weitere Planung. Am 23. April billigte der Rat das Operationskonzept und am 30. Mai 2007 verabschiedete er schließlich eine Gemeinsame Aktion (2007/369) als Rechtsgrundlage zur Entsendung von EUPOL Afghanistan. Laut Ratsbeschluss 2007/369 besteht das Ziel der Mission darin, die Regierung in Kabul darin zu unterstützen, „dass unter afghanischer Eigenverantwortung tragfähige und effiziente Strukturen der Zivilpolizei geschaffen werden.“ Hierfür konzentriert sich die Mission auf folgende Tätigkeiten: Ausbildung, Beobachtung, Beratung und Betreuung der afghanischen Polizei. Darüber hinaus soll EUPOL Afghanistan, dessen Mandat zunächst auf drei Jahre ausgestellt wurde, Unterstützung beim Aufbau eines rechtsstaatlichen Systems leisten sowie Beiträge einzelner Mitgliedstaaten und anderer internationaler Akteure koordinieren.¹⁴³ Als größter Beitragszahler des „Law and Order Trust for Afghanistan“ (LOFTA) kommt die Europäische Union darüber hinaus nicht nur für den Löwenanteil der Kosten für die Ausbildung der afghanischen Polizisten auf, sondern auch für deren Gehälter.¹⁴⁴

In der Praxis macht EUPOL Afghanistan nichts anderes, als Paramilitärs auszubilden. Detlef Karioth, Leitender Polizeiberater an der deutschen Botschaft in Kabul, gibt an: „Was wir uns für Afghanistan vorstellen, ist eine Polizei, die in der Lage wäre, sich gegen die bewaffneten Kräfte

im Land zu verteidigen. Wir bilden hier ja nicht nur Straßenpolizisten aus. Unser Bestreben ist, sie so auszubilden, dass sie überleben können. Allein 2008 sind mehr als tausend Polizisten getötet worden.“¹⁴⁵ In einem Militärblog heißt es ganz ähnlich: „Die Polizei steht in Afghanistan nicht Kleinkriminellen gegenüber wie in Europa, sondern einem Gegner, der teilweise mit Infanterietaktiken und in Kompaniestärke operiert. In Afghanistan muß die Polizei daher zwangsläufig auch paramilitärische Aufgaben übernehmen.“¹⁴⁶

Zunächst war der Umfang von EUPOL Afghanistan auf 200 Beamte begrenzt. Im März 2008 wurde jedoch eine Verdopplung auf 400 Beamte beschlossen. Doch diese Zahl scheint nicht auszureichen, um die hochgesteckten Ausbildungsziele auch nur annähernd erreichen zu können, weshalb vor allem die USA auf eine massive Aufstockung drängen. Die damalige US-Botschafterin bei der NATO in Brüssel, Victoria Nuland, hatte bereits Ende 2007 eine Erhöhung auf mindestens 5.000 Beamte gefordert.¹⁴⁷ Dies wurde – wenn auch noch nicht in diesem Umfang – u. a. vom einflussreichen *European Council on Foreign Relations* aufgegriffen. Um den USA wenigstens halbwegs entgegenzukommen, sei es unbedingt erforderlich, mindestens 500 weitere Beamte zu entsenden, so eine Studie über den EU-Beitrag am Krieg in Afghanistan.¹⁴⁸ Auch die „European Union-Afghan Joint Declaration“ vom Juni 2009 betont „die Entschlossenheit der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten, die Zahl der EUPOL in Afghanistan zu erhöhen.“¹⁴⁹ Darüber hinaus strebt man auch eine deutlich engere Verzahnung mit der NATO an.

Gertz sieht Afghanistan-Einsatz auf ganzer Linie gescheitert, ngo-online, 19.09.2007.

143 Council Joint Action 2007/369/CFSP of 30 May 2007 on establishment of the European Union Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN).

144 Treffen der Ministertrioika EU-Afghanistan: Ferrero-Waldner bestätigt langfristiges Engagement gegenüber Afghanistan, Pressemitteilung IP 09/130, 27.01.2009.

145 „Wir bilden aus fürs Überleben“, FAZ, 13.03.2009.

146 Afghanistan: Europa versagt beim Aufbau der Polizei, weblog-sicherheitspolitik, 13.03.2009.

147 Union und SPD über Ohrfeige aus den USA vergrätzt, Spiegel Online, 12.12.2007.

148 Korski 2009; vgl. auch Gross 2009, S. 43.

149 European Union-Afghan Joint Declaration 2009.

NATO und EU: Hand in Hand bei der Aufstandsbekämpfung im Kosovo

Im Kosovo arbeiten NATO und EU bei der Absicherung der völkerrechtswidrigen Abspaltung von Serbien Hand in Hand. Schon im Herbst 2008 haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist bisher einmalig, in seiner Tendenz aber richtungweisend: Erstmals nehmen die Vereinigten Staaten an einer „zivilen“ EU-Mission teil.

Wie in Afghanistan haben auch im Kosovo die neoliberalen Wirtschaftsreformen die Lebenssituation der Bevölkerung verschlechtert, weshalb in einer Umfrage vom Frühjahr 2009 79% der Kosovaren angaben, sie seien aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage zur Teilnahme an Protesten bereit.[1] Schon seit 2007 mehren sich

die Demonstrationen der kosov-albanischen Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte, bei denen es sogar bereits zu Todesopfern kam. Reagiert wird hierauf jedoch nicht etwa, indem an der verfehlten Wirtschaftspolitik etwas verändert würde. Stattdessen haben die im Kosovo aktive „zivile“ EU-Mission EULEX und die NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Übungen begonnen, um ihre Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu effektivieren. Allein im ersten Halbjahr 2009 fanden vier solcher „Crowd & Riot Control Exercises“ statt. Welche Szenarien man dabei im Auge hat, verdeutlicht die Beschreibung einer dieser Übungen überdeutlich: „Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällte die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier

Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob“) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control“) anzuwenden.“[2]

[1] Džihic, Vedran/Kramer, Helmut: Kosovo After Independence, FES, Juli 2009, S. 10.

[2] The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, NATO.int, 30.06.2009.

5.2 NATO-A: Verzahnung von EUPOL und NATO

Die Europäische Union ist – glaubt man den eigenen zweifelhaften Verlautbarungen¹⁵⁰ – kein Militärbündnis und sollte demzufolge auch keine engen Knotakte zur NATO unterhalten. Das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gibt jedoch an, für die Verbesserung der Partnerschaft mit den USA müsse die NATO-EU-Zusammenarbeit unbedingt intensiviert werden.¹⁵¹ Ganz in diesem Sinne fordert auch das Europäische Parlament, „dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten.“ Hierfür sollte „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden.“¹⁵² Folgerichtig lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass NATO und EU auch bei Einsätzen vor Ort immer stärker Hand in Hand arbeiten. Das derzeit krassste Beispiel hierfür ist der Kosovo, wo die „zivile“ EU-Mission EULEX mittlerweile in gemeinsamen Manövern mit der NATO-Truppe KFOR die Niederschlagung von Protesten probt (siehe Kasten). Doch auch in Afghanistan wird die Zusammenarbeit immer weiter intensiviert.

So wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 beschlossen, „eine NATO Training Mission – Afghanistan (NTM-A) innerhalb der ISAF einzurichten, um das höherstufige Training der afghanischen Armee und das Training und die Überwachung der afghanischen Polizei zu beaufsichtigen. [...] Die European Gendarmerie Force könnte diesbezüglich eine aktive Rolle spielen.“¹⁵³ Die „European Gendarmerie Force“ (EGF) ist eine paramilitärische EU-Polizeitruppe, die Anfang 2006 ins Leben gerufen wurde und deren Aufgabenprofil u.a. auch die Aufstandsbekämpfung mit einschließt.¹⁵⁴ Auf französische Initiative sollen nun 300 EGF-Polizisten nach Afghanistan entsandt werden. Die Truppe bietet sich hierfür an, da sie laut französischem Außenminister Bernard Kouchner „das Potenzial hat, ein robusteres System für die Polizeiausbildung in Afghanistan zu schaffen.“¹⁵⁵ Ganz offensichtlich wird hier eine engste Verzahnung zwischen NTM-A – also einem Einsatz der Militärallianz NATO – und der „zivilen“ EUPOL Mission angestrebt: „Die Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens die Einrichtung einer ‚NATO Training Mission Afghanistan‘ beschlossen. [...] Dies schließt die Koordinierung mit EUPOL Afghanistan sowie die Verlegung von Kräften der EU Gendarmerie

150 So findet sich in Artikel 42,7 des Vertrags von Lissabon eine Beistandspassage, wie sie eigentlich nur Militärpakte haben: "Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung."

151 Toje, Asle: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 74, December 2008.

152 Vatanen, Ari: Report on the role of NATO in the security architecture of the EU (2008/2197(INI)).

153 Summit Declaration on Afghanistan, North Atlantic Council in Strasbourg / Kehl on 4 April 2009, NATO Press Release (2009)045.

154 Zur Zeit gehören der EGF Einheiten aus fünf Ländern an: Carabinieri (Italien), Guardia Nacional Republicana (Portugal), Guardia Civil (Spanien), Gendarmerie Nacional (Frankreich) und Royal Marechaussee (Niederlande). Vgl. Haydt, Claudia: Out of area – and back again, in: AUSDRUCK (Februar 2007).

155 Europe's Problematic Contribution to Police Training in Afghanistan, Brookings Institution, 04.05.2009.

Krieg für Frauenrechte?

Was die Frauenrechte angeht, sieht die Bilanz des Kriegseinsatzes düster aus. In weiten Teilen des Landes hat sich die Lage der Frauen nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Dr. Massouda Jallal verschlechtert. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Frauenrechte für die truppenstellenden Regierungen keinerlei Priorität genießen, wie ein Bericht von *Human Rights Watch* kritisiert.[1] Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bestätigt die Einschätzung der Organisation. Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren. Hierfür müsse man „das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, „können nicht auch noch [...] darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.“[2] So überrascht es nicht, dass die Vereinten Nationen im Juli 2009 auf die katastrophale Situation von Frauen in Afghanistan hinwiesen, die sich alles andere als verbessert habe.[3] Vernichtend fällt deshalb das Urteil der afghanischen Frauenrechtlerin Malalai Joya aus: „Die USA und ihre Verbündeten nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“[4]

[1] Vgl. Paech, Norman: Es gibt keine militärische Lösung für Afghanistan, *hintergrund.de*, 26.11.2007.

[2] Rühl, Lothar: Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan, *Strategie und Technik*, Juli 2007.

[3] UNAMA/OHCHR: *Silence is Violence: End the Abuse of Women in Afghanistan*, Kabul, 8 July 2009

[4] *Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan*, Die Linke im Bundestag, 30.05.2008, S. 17.

Force mit ein.¹⁵⁶ Auf dem EU-Ratstreffen im Juni 2009 wurde diese Verzahnung ganz offiziell begrüßt: „Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der in Aussicht genommenen Entsendung der Europäischen Gendarmerietruppe, die in Afghanistan im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission – Afghanistan (NTM-A) eingesetzt würde und eine ergänzende Initiative beim Aufbau der Polizeikapazität wäre.“¹⁵⁷

Ganz offensichtlich sind die „zivilen“ ESVP-Missionen wie im Kosovo und in Afghanistan nicht als *Alternative*, sondern als *Ergänzung* zu Militäreinsätzen der NATO gedacht, wie ein Beitrag im derzeit wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik bestätigt: „Im Kosovo und in Afghanistan implementiert die Europäische Union ihre eigenen zivilen Krisenmanagementmissionen parallel zu NATO-Militäroperationen und es findet eine praktische Kooperation vor Ort statt.“¹⁵⁸ Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort wird dabei wenig bis keine Rücksicht genommen – ebenso wenig wie auf die vorgeblichen Ziele solcher Einsätze, die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie auch hier das Beispiel Afghanistan zeigt.

5.3 Afghanistans Zukunft: Autoritärer Militärstaat?

Der Ausbau des afghanischen Repressionsapparates ist überaus Besorgnis erregend, nicht zuletzt deshalb, weil sich in der Regierung bekanntlich allerlei Kriegsverbrecher tummeln. Die zentralen Weichen für den „demokratischen Neubeginn“ Afghanistans wurden im Dezember 2001 auf der Petersberg-Konferenz in Bonn gestellt. Dort wurden die wichtigsten Posten der künftigen afghanischen Übergangsregierung vergeben. Die handverlesenen Vertreter sind jedoch weder halbwegs repräsentativ zusammengesetzt noch genügen sie demokratischen Minimalstforderungen: „Dieselben Kriegsherren, die das Land nach dem erzwungenen Rücktritt Nadschibullahs 1992 verwüstet haben, bauen heute in den afghanischen Provinzen ihre Macht wieder aus und werden dabei vom Westen unterstützt und bewaffnet. Sie waren und sind Verbündete und hohe Würdenträger der auf dem Bonner Petersberg eingesetzten Kabuler Regierung unter Präsident Hamid Karsai. Ihre Einnahmen stammen weiterhin hauptsächlich aus dem Drogengeschäft und der rücksichtslosen Ausbeutung der Landbevölkerung. Aus den Landesteilen, die sie

156 Bericht über die laufenden bzw. anstehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussionen und Entwicklungen im Rahmen der NATO und der EU, Berichtszeitraum 15. April-15. Juli 2009, August 2009.

157 Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

158 Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): *What ambitions for European defence in 2020?* Paris 2009, S. 125-132, S. 132.

kontrollieren, werden Zwangsheiraten, Menschenhandel und andere schwere Menschenrechtsverletzungen berichtet. Als Unterstützung im Kampf gegen den bewaffneten Widerstand sind sie der NATO aber gut genug.¹⁵⁹

Der *Stiftung Wissenschaft und Politik* zufolge seien in Afghanistan zwar formaldemokratische Institutionen vorhanden, allerdings würden sie „von antidemokratischen Kräften beherrscht und verlieren in den Augen der Bevölkerung zunehmend an Legitimität.“ So werde das „Prinzip der Gewaltenteilung [...] von der gegenwärtigen Exekutive weder verstanden noch respektiert.“ Entgegen dem erklärten Anspruch habe dabei zynischerweise „gerade auch die Einmischung der internationalen Gemeinschaft zu falschen Weichenstellungen [...] geführt und demokratiefördernde interne Faktoren geschwächt.“¹⁶⁰ Von einer Demokratie kann in Afghanistan somit beileibe keine Rede sein – dies ist auch nicht gewollt: „Das Parlament hat in Afghanistan wenig zu sagen. Und hinter jeder Präsidentscheidungsentscheidung steht der amtierende US-Botschafter in Kabul, er hat das letzte Wort. Mit einem starken Parlament könnten die USA keinesfalls so unmittelbar herrschen.“¹⁶¹ Einer Umfrage von *Integrity Watch Afghanistan* zufolge halten über 60 Prozent der Afghanen die derzeitige Regierung für korrupter als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte.¹⁶² Selbst das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung räumt ein, es gäbe „ein sinkendes Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung.“¹⁶³ Die massiven Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen im August 2009 haben hier sicherlich nichts dazu beigetragen, das Vertrauen in die Karzai-Regierung zu stärken – im Gegenteil.¹⁶⁴

Genau dieser Regierung unterstellt man nun jedoch einen riesigen Repressionsapparat, um sie gegen innenpolitische Widerstände an der Macht zu halten – und die westlichen Truppen bei der Kriegsführung zu entlasten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist darüber hinaus vollkommen unklar, woher künftig die Gelder für diese Sicherheitskräfte kom-

men sollen – aus dem derzeitigen (und wohl auch künftigen) afghanischen Haushalt jedenfalls nicht. Laut Rory Stewart, Direktor des *Carr Center on Human Rights Policy*, dürften sich die Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf zwei bis drei Mrd. Dollar im Jahr belaufen – ein Vielfaches der gesamten Staatseinnahmen. „Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30% ihres Budgets für Rüstung ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu 500% seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen.“¹⁶⁵

Diese Kritik wird umso dringlicher, da diese „Sicherheitskräfte“ schon jetzt ein beängstigendes Eigenleben entwickeln. So berichtete *Reuters* im Juli 2009: „Bei ihrer Offensive im Süden Afghanistans vernehmen britische Soldaten eine eindringliche Bitte von Dorfbewohnern: ‚In Gottes Namen, bringt uns nicht die afghanische Polizei zurück!‘ [...] Die Einwohner des Dorfes von Pankela etwa berichten, die Polizei-Einheiten der Regierung in Kabul seien so brutal und korrupt gewesen, dass die Taliban vor Monaten wie Befreier begrüßt worden seien.“¹⁶⁶ Auch andere Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die Polizei „in der afghanischen Bevölkerung nach wie vor eher als Teil der Sicherheitsprobleme des Landes denn als Mittel zu deren Lösung wahrgenommen wird.“¹⁶⁷

Teils macht sich ein zynischer Fatalismus breit, der einen düsteren Einblick gibt, welche Zukunft Afghanistan wohl bevorsteht. So heißt es etwa in einem Kommentar der *taz*: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“¹⁶⁸

159 Buchholz, Christine/Strutynski, Peter: Abzug oder Exit?, *Marxistische Blätter* 3/2008.

160 Eine Generation oder länger, *german-foreign-policy.com*, 09.07.2008.

161 Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, *Die Linke im Bundestag*, 30.05.2008, S. 11.

162 Buchholz/Strutynski 2008.

163 Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 09.09.2008, S. 8.

164 Vgl. zu den Fälschungen *Afghanistan Analysts Network: Polling Day Fraud in the Afghan Elections*, AAN Briefing Paper 03/2009.

165 Stewart, Rory: *The Irresistible Illusion*, *London Review of Books*, 07.07.2009.

166 *Reuters*, 12.07.09 zit. nach <http://www.jpberlin.de/online-ag/?p=139> (30.09.2009).

167 Kempin, Ronja: *Polizeiaufbau in Afghanistan*, in: Schmidt, Peter (Hg.): *Das internationale Engagement in Afghanistan*; SWP-Studie, August 2008, S. 37-42.

168 Hansen, Sven: *Letzte Hoffnung Diktatur*, *taz*, 13.09.2009.

Eine kurze Geschichte Afghanistans

1839-1842 Britische Niederlage im 1. anglo-afghanischen Krieg

1878-1880 Britischer Sieg im 2. anglo-afghanischen Krieg: 40 Jahre britische Herrschaft

1919 Unabhängigkeit vom British Empire, aber Hinnahme großer Gebietsverluste.

Bis 1973 Monarchie

1978 Wahlsieg der Kommunistischen Partei. US-Unterstützung des Widerstands der Mudschaheddin bereits vor dem sowjetischen Einmarsch (Zbigniew Brzezinski: „Die Sowjets in die afghanische Falle tappen lassen.“)

Dezember 1979 Einmarsch Sowjetunion: Zehnjähriger Stellvertreterkrieg

1989 Abzug der Sowjettruppen

1989-1995 Bürgerkrieg verschiedener Mudschaheddin-Gruppen

Spätsommer 1994 Taliban treten erstmals in Südafghanistan auf; Oktober 1995 Einnahme Herats durch die Taliban; September 1996 Kabul fällt in die Hände der Taliban, Gründung der „Nordallianz“ als Reaktion

19. Dezember 2000 UN beschließen Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten,

Osama Bin Laden auszuliefern

10. März 2001 Zerstörung der Buddhastatuen von Bamian durch die Taliban

11. September 2001 Anschläge auf Ziele in den USA

20. September 2001 USA fordern erneut Auslieferung Osama Bin Ladens

7. Oktober 2001 USA beginnen im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ mit der Bombardierung von Stellungen der Taliban. Die NATO ruft den Bündnisfall (Artikel 5) aus

8. November 2001 Nordallianz nimmt Masar-i-Scharif ein

12. und 13. November 2001 Taliban ziehen sich aus Kabul zurück

25. November 2001 Kundus fällt als letzte Bastion der Taliban in Nordafghanistan

8. Dezember 2001 Taliban verlieren ihre letzte wichtige Bastion Kandahar und ziehen sich in das Grenzgebiet zu Pakistan sowie ins südliche Zentralafghanistan zurück

27. November – 5. Dezember 2001 Petersberger Konferenz, Bonner Abkommen

20. Dezember 2001 Die UNO beschließt die ISAF-Resolution 1386



- 22. Dezember 2001** Vereidigung von Hamid Karsai als Interimspräsident
- 21. Januar 2002** Internationale Geberkonferenz in Tokio
- Juni 2002** Die große Ratsversammlung, Emergency Loja Dschirga, bestätigt Hamid Karsai als Präsidenten der Übergangsregierung
- Herbst 2002** USA etablieren Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in größeren Städten
- August 2003** NATO übernimmt ISAF
- November 2003** Bundeswehr übernimmt PRT in Kundus
- 4. Januar 2004** Verfassungsgebende Loja Dschirga verabschiedet die neue Verfassung
- 31. März 2004** Internationale Geberkonferenz in Berlin
- September 2004** Bundeswehr übernimmt PRT in Faisabad
- 9. Oktober 2004** Hamid Karsai wird mit 55,5 Prozent zum Präsidenten gewählt
- 18. September 2005** Parlamentswahlen
- 19. Dezember 2005** Konstituierung des afghanischen Parlaments schließt den Petersberger Prozess offiziell ab
- 31. Januar – 1. Februar 2006**, Internationale Geberkonferenz („Afghanistan Compact“) in London: Internationale Gemeinschaft einigt sich darauf, ihr Engagement im Land fortzuführen
- 1. Juni 2006** Deutschland übernimmt das Regional-kommando Nord
- 31. Juli 2006** ISAF übernimmt den Süden
- Sommer 2006** Taliban gelingt es, Kandahar zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden
- Oktober 2006** ISAF übernimmt den Osten
- Winter 2006/2007** NATO stockt Truppen auf
- Anfang 2007** Bundesregierung entsendet Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe
- Mai 2007** EU beschließt „EUPOL-Afghanistan“ zum Aufbau der afghanischen Polizei
- Juni 2008** Übernahme der QRF durch Deutschland
- Ende 2008** Erhöhung des deutschen Truppenkontingents auf 4.500 Soldaten
- Seit 2009** Massive Aufstockung der NATO-Truppen, Ausweitung des Kriegsgebietes auf Pakistan, zunehmend offensiveres Vorgehen der Bundeswehr



Bild: Wikipedia

Fazit: NATO und EU – Zwei Seiten derselben (Kriegs)Medaille

Aus der vorhergehenden Analyse ergibt sich, dass in Afghanistan (und anderswo) kein Unterschied zwischen einer vorgeblich zivil agierenden Europäischen Union und dem militärischen Handeln der NATO besteht. Beide sind integrale Bestandteile derselben kriegerischen Medaille und müssen für ihr verantwortungsloses Handeln in die Kritik genommen werden.

Dies gilt auch und vor allem für Afghanistan, wo die westliche Präsenz der maßgebliche Faktor für die dramatische eskalierende Lage ist: „Die ausschlaggebende Kraft des zentralen Konfliktes in Afghanistan heute sind aber gerade die Besatzungstruppen.“¹⁶⁹ Der sofortige Abzug aus Afghanistan stellt deshalb die einzige Option dar, um aus der derzeitigen Eskalationsspirale aussteigen zu können. Hierfür setzt sich unter anderem auch die afghanische Abgeordnete Malalai Joya mit beeindruckender Deutlichkeit ein: „Mein Land wurde nicht befreit, es wird immer noch von den Warlords kontrolliert, und die NATO-Okkupati-

on vergrößert nur deren Macht. [...] Dieses Blutvergießen muss nicht ewig weitergehen. Einige behaupten, wenn die ausländischen Truppen Afghanistan verließen, werde das Land in einen Bürgerkrieg stürzen. Ist das heute etwa kein Bürgerkrieg und keine Katastrophe? Je länger die Besetzung andauert, desto schlimmere Formen wird dieser Bürgerkrieg annehmen.“¹⁷⁰

Erfreulicherweise spricht sich mittlerweile nicht nur eine Mehrheit der Afghanen für den schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus. Auch in den kriegführenden Ländern, sowohl in den USA (53%), in Frankreich (55%), in Großbritannien (66%) als auch in Deutschland (69%) wächst die Ablehnung.¹⁷¹ Nun gilt es, diese „Demoskopische Friedensbewegung“ (Laura von Wimmersperg) in politischen Druck umzumünzen, um die Regierungen dazu zu zwingen, von ihrer fatalen Politik Abstand zu nehmen.

169 Buchholz/Strutynski 2008.

170 Joya, Malalai: The big lie of Afghanistan, The Guardian, 25.07.09. Übersetzt von Wolfgang Jung.

171 Der gute Willen im Westen lässt nach, NZZ, 13.09.2009.





Sabine Lösing, MdEP

Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
Sabine Lösing
Rue Wiertz ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: ota.jaksch@europarl.europa.eu
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiterin: Ota Jaksch

Bürgerbüro:
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing
Obere Maschstr. 22
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:
Europabüro Berlin
Sabine Lösing, MdEP
Unter den Linden 50
10178 Berlin
Tel.: 030-227 71405
Fax: 030-227 76819
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter: Arne Brix